Donnerstag, 29. September 1932
Nr. 221. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die Streikwelle wächst

Großbetriebe treten in den Kampf – Der Staatsapparat antwortet mit Streikverbot

Streik im Scherl-Verlag in Berlin

CNB. Berlin, 28. 9.

Wegen Lohnstreitigkeiten ist heute nacht um 1 Uhr die gesamte Belegschaft des Scherl-Verlages — etwa 3000 Mann — in den Streik getreten.

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben:

Am Dienstagnachmittag traten die graphischen Hilfsarbeiter des ganzen Druckereibetriebes A. Scherl (Hugenberg) in den Streik gegen den durch den letzten Schiedsspruch verfügten Lohnabbau. Der Streik begann um 3 Uhr bei den Hilfsarbeitern der Tiefdruckerei, die um 1/4 4 Uhr folgende Schicht schloß sich dem Kampfe an. Kurze Zeit darauf legten auch die Rotationshilfsarbeiter der Zeitungdruckerei die Arbeit nieder. Die gelernten Arbeiter erklärten sich mit den Hilfsarbeitern solidarisch, so daß zu Mitternacht der gesamte Betrieb still stand. „Lokalanzeiger" und die „Nachtausgabe" erschienen nur in Form von kümmerlichen Notblättern.

Auch in den übrigen Druckereien Berlins herrscht Streikstimmung, so daß mit einem allgemeinen Streik im ganzen graphischen Gewerbe gerechnet werden kann.

Streik im Alexanderwerk

Remscheid, 26. September.

CNB. Bei der A. von der Nahmer A. G., Abteilung Alexanderwerk, Remscheid, hat heute mittag 12 Uhr die gesamte Belegschaft in Stärke von rund 1000 Mann die Arbeit niedergelegt, nachdem vor einigen Tagen 400 Arbeitskräfte neu eingestellt worden waren. Für heute waren weitere Neueinstellungen geplant.

Es handelt sich hier um das Werk, mit dem die Reichsregierung in den letzten Tagen so große Reklame machte wegen den dort erfolgten Neueinstellungen als „segensreiche" Auswirkung der Papenverordnung. Die CNB-bzw. Wolff-Meldung verschweigt natürlich, daß die Arbeiter gegen maßlose Lohnkürzung streiken.

Glänzende Streiksiege

In Landeshut, Schlesien, hat die Belegschaft der Ostdeutschen Textil-Industrie A. G., Firma Methner u. Frahne, nach zweitägigem Streik einen vollen Erfolg erzielt. Als sich die Belegschaft gegen den Notverordnungslohnraub auflehnte und in den Streik trat, glaubte die Firma, noch den starken Mann spielen zu können, indem sie die fristlose Entlassung aller Arbeiter aussprach. Doch sie rechnete nicht mit der restlosen Geschlossenheit der Belegschaft.

Jetzt mußte die Firma den geplanten Lohnabbau restlos zurücknehmen und sich außerdem verpflichten, alle Arbeiter ohne jegliche Maßregelung wieder einzustellen.

Im Kabelwerk Rheinshagen in Wuppertal hat der durch die Zusammenstöße mit der Polizei in ganz Deutschland bekannt gewordene Streik nach sechstägiger Dauer mit einem vollen Erfolg geendet. Die Firma mußte auf jeden Lohnabbau verzichten, ebenso auf die von ihr geplante Maßregelung von 50 Arbeitern.

Unter Vorantragen einer roten Fahne und dem Gesang der Internationale nahm die Belegschaft am Mittwoch früh die Arbeit wieder geschlossen auf.

Streikverbot durch einstweilige Verfügung

Gegen den von uns gemeldeten Streik in der Schuhindustrie Weißenfels, Mitteldeutschland, haben die Unternehmer beim Amtsgericht Weißenfels eine einstweilige Verfügung beantragt, der das Amtsgericht stattgegeben hat. Die einstweilige Verfügung richtet sich gegen den Verband der Schuhmacher, Zweigverein Weißenfels, und lautet in ihrem wesentlichen Teil:

„Die am Streik beteiligten Gewerkschaften bezw. deren Funktionäre sind gehalten, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit von ihren Mitgliedern zu verlangen, jede tatsächliche oder finanzielle Unterstützung der in den Streik getretenen Arbeiter zu unterlassen, den Streik nicht weiter zu organisieren und durchzuführen, die öffentlichen Kundgebungen an die Einwohnerschaft zu unterlassen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß in den Weißenfelser Schuhfabriken der tarifliche Zustand wieder herbeigeführt werde."

Für jeden Fall des Verstoßes wird den Gewerkschaften eine Geldbuße von je 3000 Mk. im Einzelfalle angedroht. Die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts stützt sich ausdrücklich auf die „zu Recht bestehende Verordnung" des Reichspräsidenten vom 4. und 5. September.

Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen noch Dutzende und hunderte derartiger einstweiliger Verfügungen ergehen werden. Die Arbeiter und Gewerkschaften müssen dazu sofort und zwar eindeutig und klar Stellung nehmen. Es kann für sie nichts anderes geben als kein Zurückweichen vor den Paragraphen, sondern

nun erst recht Kampf unter Einsatz aller Machtmittel der Gewerkschaften.

Wenn alle Gewerkschaften mit ihren vier Millionen Mitgliedern diesen Kampf entschlossen führen, dann wird die gesamte übrige Arbeiterschaft geschlossen hinter ihm stehen. Kein Gericht, keine Regierung wird es dann noch wagen, gegen eine solche Massenbewegung mit Paragraphen und einstweiligen Verfügungen vorzugehen. Der Regierung bliebe keine andere Wahl als entweder einen vollkommenen Rückzug anzutreten oder den in diesem Fall für sie sehr wenig aussichtsreichen Kampf um die politische Macht auszutragen.

Zwei Papen-Interviews

Seltsame Widersprüche

Der Reichskanzler von Papen liebt es bekanntlich, sehr häufig Journalisten Interviews zu geben, um seine politischen Absichten aller Welt kundzutun. Dabei sind ihm schon wiederholt recht unangenehme Entgleisungen unterlaufen. Ein solcher für ihn sicher recht peinlicher Fall liegt jetzt wieder vor.

Am gestrigen Tage hat der Herr Reichskanzler gleich zwei Interviews gegeben. Das erste wurde dem Vertreter von WTB gewährt. Herr von Papen setzte sich in langen Ausführungen mit der Rede Herriots auseinander und kam in diesem Zusammenhang auch auf Herriots Kritik am „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" zu sprechen. Der Reichskanzler erklärte, die sportliche Ertüchtigung der deutschen Jugend gemäß der Verordnung vom 13. September trage keinerlei militärischen Charakter und bezwecke lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben.

Bei dem zweiten Interview mit dem Hauptschriftleiter der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" hatte Papen offenbar das, was er dem Herrn vom WTB gesagt hatte, bereits wieder vergessen. Zunächst lehnte er es hier überhaupt ab, sich zu Herriots Rede zu äußern, da ihm der amtliche Wortlaut noch nicht vorliege — eine Vorsicht, die der Reichskanzler in dem ersten Interview leider nicht an den Tag legte. Dann aber erklärte er zur Frage der Jugendertüchtigung,

„daß die körperliche und geistige Wehrhafthaltung der Jugend die ernsteste sittliche Pflicht zum Schutze des Vaterlandes sei und daß sie nur die Forderung der Sicherheit erfülle, mit der Frankreich dauernd operiere."

Deutlicher kann man wohl die militärische und außenpolitische Funktion der sogenannten Jugendertüchtigung nicht eingestehen. Reichskanzler von Papen hat damit seine Aeußerungen im ersten Interview selbst widerlegt und hat darüber hinaus die wahren Ziele des Wehrsports mit einer Deutlichkeit enthüllt, für die wir ihm nur dankbar sein können. Er aber darf sich nicht wundern, wenn das Ausland auf solche Pläne entsprechend reagiert.

Landtagsausschuß fordert Freidenker-Verbot

Berlin, 27. September.

VDZ. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages lehnte einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung aller Ausgaben für kirchliche Zwecke ab. Angenommen wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ein nationalsozialistischer Antrag auf

Verbot der Freidenker- und Gottlosenverbände.

Auch ein nationalsozialistischer Antrag fand Zustimmung, wonach dem Landtag alsbald von sämtlichen Staatstheatern und Staatskapellen eine genaue Aufstellung vorzulegen ist über die beschäftigten Ausländer und Juden sowie über diejenigen, die erst nach 1918 die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben.

Abgelehnt wurde gegen die nationalsozialistischen Antragsteller und die Deutschnationalen der Antrag, den paritätischen Bühnennachweis von jüdischem Einfluß zu reinigen.

Verbot der „Roten Fahne" verkürzt

CNB. Berlin, 27. September.

Das vom Polizeipräsidenten Dr. Melcher erlassene Verbot der „Roten Fahne", das für vier Wochen galt, ist durch Beschluß des Reichsgerichts um eine Woche verkürzt worden, so daß das Blatt am Sonnabend wieder erscheinen wird.

Das ist ein Geschäft

P. F. Wir veröffentlichten neulich die Ankündigung der Firma J. Schwerin Söhne A.G., Breslau, auf Herabsetzung der Löhne nach den Vorschriften des Papen-Programms. Das Beispiel ist lehrreich genug, um etwas näher betrachtet zu werden.

Die Firma hatte am 15. August eine Belegschaft von 238 Mann und hat jetzt 29 Arbeiter eingestellt. Damit hat sie das Recht, die Löhne um 20 Prozent herabzusetzen. Der Spitzenlohn betrug bisher tarifmäßig für männliche Facharbeiter 47,9 Pfg. pro Stunde. Er wird auf 38,3 Pfg. für die 31. bis 40. Stunde herabgesetzt. Wir kennen nicht die Zahl der Arbeiter, die diesen horrenden Lohn erhalten, wissen auch nicht, wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen noch weniger verdienen. Nehmen wir an, das sei der Durchschnittslohn der gesamten Belegschaft und es werden 40 Stunden in der Woche gearbeitet, dann macht sich die Rechnung für den Unternehmer so:

Bisheriger Gesamtlohn
238 Mann 40 Stunden à 47,9 Pfg. = 4560,08 Mk

Jetziger Gesamtlohn
267 Mann 30 Stunden à 47,9 Pfg. = 3836,79 Mk
267 Mann 10 Stunden à 38,3 Pfg. = 1022,61 Mk.
4859,30 Mk.

Die Firma erzielt durch die Neueinstellung eine Mehrleistung von 1160 Stunden in der Woche und zahlt dafür 299,22 Mk. mehr Lohn, d. h. sie zahlt für diese Mehrleistung den Lohn von 27 Pfg. pro Stunde.

Jetzt aber erhält die Firma vom Reich für jeden eingestellten Arbeiter ein Geschenk von 400 Mk. im Jahre. Das macht für die Arbeitswoche bei 29 neuen Arbeitern 223 Mk. In Wirklichkeit zahlt sie also nur 76,22 Mk. mehr Lohn. Die Mehrleistung kostet der Firma also den gewaltigen Betrag von 6,9 Pfg. Für die neue Arbeitskraft braucht die Firma also nur ein Siebentel des normalen Lohnes zu zahlen.

Noch schöner wird die Sache, wenn es den Unternehmern gelingt, statt 29 Arbeiter 60 einzustellen. Dann wird der Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde um 50 Prozent gesenkt. Also:

Jetziger Gesamtlohn
298 Mann 30 Stunden à 47,9 Pfg. = 4282,26 Mk
298 Mann 10 Stunden à 24 Pfg. = 715,20 Mk.
4997,46 Mk.

Für die Mehrleistung von 2400 Stunden zahlt der Unternehmer also insgesamt 437,38 Mk. mehr Lohn, d. h. 18,2 Pfg. pro Stunde. Jetzt bekommt er aber noch sein Konjunkturgeschenk von 400 Mk. pro Arbeiter und Jahr. Das macht für die Arbeitswoche 461,54 Mk. Der Unternehmer erhält also 2400 Arbeitsstunden in der Woche vollkommen umsonst und außerdem ein Trinkgeld von 24,16 Mk. dazu. Ist das nicht ein Geschäft?

Im tatsächlichen Falle der Firma Schwerin Söhne wird der Wochenlohn jedes Arbeiters von 19,16 Mk. auf 18,20 Mk. gesenkt. Würden statt 29 Arbeiter 60 eingestellt, dann sänke der Lohn auf 16,76 wöchentlich. Je größer das Geschäft des Unternehmers, um so tiefer die Lohnsenkung für den Arbeiter, d. h. je unsozialer bisher der Unternehmer bei der Betriebseinschränkung vorgegangen ist, um so mehr müssen die Arbeiter dafür büßen. Der Unternehmer, der bisher Rücksicht auf seine Arbeiter nahm, die Arbeit streckte und nun nicht imstande ist, viele neue Arbeiter einzustellen, der wird für seine soziale Gesinnung bestraft.

Die beiden Beispiele zeigen aber zugleich, daß der Lohn überhaupt nicht mehr nach der Leistung berechnet wird. Für die gleiche

Leistung wird in jedem Betrieb ein anderer Lohn gezahlt. Der Tarif ist restlos zerstört. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht ein tolles Durcheinander. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander wird verschärft, ihre Demoralisierung gefördert, und damit wird ein weiterer Druck auf die Löhne einsetzen, der einen Ausgleich der Lohndifferenzen nach unten herbeiführt.

Gleichzeitig aber führt die Papen-Verordnung zu einer tiefen Erschütterung des Konkurrenzgleichgewichts unter den Kapitalisten. Je nachdem, ob ein Unternehmer viel oder wenig oder gar keine Arbeiter einstellen kann, sind die Produktionskosten bei sonst gleichen Produktionsbedingungen ganz verschieden. Chaos allenthalben!

Und jetzt kommt der Clou! Herr von Papen will doch Wunder tun und durch seine Manipulationen die Konjunktur ankurbeln. Er will durch die Vermehrung der beschäftigten Arbeiter die Kaufkraft steigern. Bei unserem zweiten Beispiel ist der zusätzliche Lohn 18,2 Pfg. pro Stunde. Das macht 7,28 Mk. in der Woche. Doch die neueingestellten Arbeiter bekamen doch bisher Unterstützung und sicher nicht weniger als 7,28 Mk. Denn es ist ganz klar, daß die Arbeitsämter zuerst die Vollunterstützten vermitteln, um ihre eigene Kasse zu entlasten. Damit gleicht sich die Kaufkraft schon aus. Selbst wenn noch ein paar Groschen Kaufkraft mehr herauskommen sollten, wird das mehr als wettgemacht dadurch, daß die Pleiteunternehmungen ohne Vermehrung der Arbeiterzahl die Löhne durch den Schlichter um einen Betrag bis zu 20 Prozent senken können. Schließlich kommen die Schiebungen hinzu, die Herr von Papen „in Kauf nehmen" will. Von Ankurbelung der Wirtschaft ist also keine Rede. Jedenfalls nicht auf dem Inlandsmarkt. Und auf dem Weltmarkt wird das Experiment nur zu Gegenmaßregeln und zu tiefster Zerrüttung führen.

Der ganze Effekt ist also: Geschenke von vielen Milliarden an die Unternehmer und tiefste Verelendung der Arbeiter. Auch der Mittelstand wird es büßen. Von Konjunktur keine Spur.

Und das wollen Arbeiter ruhig über sich ergehen lassen? Widerstand auf der ganzen Linie!

Nazi-Manöver im Totschlags-Prozeß

In der Sondergerichtsverhandlung wegen der Vorfälle in der Röntgenstraße beantragte die Verteidigung der nationalsozialistischen Nebenkläger, den kommunistischen Rechtsanwalt Dr. Litten darüber zu vernehmen, mit welchen kommunistischen Zeugen er vor ihrer Vernehmung in seinem Büro über ihre Aussagen gesprochen habe. Es kam wegen dieses Antrags zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern, in deren Verlauf die Vertreter der Nebenkläger mitteilten, daß gegen den Zeugen Engelhard junior ein Meineidsverfahren eingeleitet sei. (Engelhard junior hatte ausgesagt, er habe nur einmal eine Vorstrafe wegen Beleidigung erhalten; aus seinem Strafregister gehe aber hervor, daß er mehrfach vorbestraft sei.) Die Vertretung der Nebenkläger stellte außerdem fest, daß die Nachricht von einer bevorstehenden Verhaftung von Zeugen nicht zutreffe.

Nach mehr als einstündiger Beratung beschloß das Gericht, dem Antrag auf Vernehmung Littens als Zeuge stattzugeben. Es werde, so sagt Landgerichtsdirektor Tolk, von dieser Vernehmung abhängen, ob Rechtsanwalt Litten weiter als Verteidiger zugelassen werden könne. Die Vernehmung Littens soll am Sonnabend erfolgen. Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Sächsische SPD für Listenverbindung mit KPD

bei den Gemeindewahlen

„Zu den bevorstehenden Gemeindewahlen in Sachsen hat der Landesausschuß der sächsischen Sozialdemokratie sich in seiner letzten Sitzung für die Listenverbindung mit der KPD ausgesprochen. Diese Verbindung dürfte selbstverständlich keinerlei sonstige Bindung für die Beteiligten bringen, die die Selbständigkeit im Wahlkampfe irgendwie beeinträchtigen könnte. Die Listenverbindung hat vielmehr nur den Zweck, zu verhindern, daß bei den Wahlen proletarische Stimmen verloren gehen."

Der Beschluß des Landesausschusses der SPD ist zu begrüßen und als Ausdruck für die wachsende Einheitsfrontstimmung innerhalb der SPD-Mitgliedschaft zu werten. Unsere Aufgabe muß es sein, im örtlichen Maßstabe unter Hinweis auf diesen Beschluß an die SPD und KPD gleichfalls das Angebot der Listenverbindung zu machen. Es wird sich bei der praktischen Durchführung herausstellen, ob mit diesem Beschluß etwa ein ebenso demagogisches Parteimanöver von seiten der SPD durchgeführt werden soll, wie es vor einigen Tagen durch den Aufruf der KPD zur Bildung der Einheitsfront geschehen ist. Genossen, zwingt die örtlichen SPD-Leitungen, gestützt auf den hier angeführten Beschluß, zum ersten praktischen Schritt in der Einheitsfrontfrage!

Berlin. Die Bundeszeitung des Reichsbanners, die auf vier Wochen verboten worden war, erscheint, dem „Vorwärts" zufolge, wiederum am 6. Oktober. Das Verbot ist auf eine Woche abgekürzt worden.

Parlamentarischer Kretinismus

VDZ. Berlin, 27. September.

Die Dienstagsitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages in seiner Gestalt als Untersuchungsausschuß fand unter starkem Andrang der Oeffentlichkeit statt.

Vorsitzender Löbe verliest zu Beginn nochmals den Beschluß des Ausschusses, über die Konstituierung als Untersuchungsausschuß und teilt mit, daß als Zeugen der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, der Reichsaußenminister, der Staatssekretär der Reichskanzlei und eine Reihe von Zuschauern und Beobachtern geladen sind. Der Vorsitzende bittet, sich während der Zeugenvernehmung auf Fragen zu beschränken, die den Komplex der zu erhebenden Tatsachen umschreiben. Die Beweiswürdigung und etwaige politische Auseinandersetzungen könnten erst nach der Zeugenvernehmung erfolgen.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, daß seiner Partei daran liege, eine politische Auseinandersetzung in Anwesenheit des Reichskanzlers zu führen. Nach der Tagesordnung soll außer den Zeugenvernehmungen die Beratung der Ausschußanträge über die Aufhebung von Notverordnungen stattfinden. Den Kommunisten gehe es nicht darum, festzustellen, wann der Reichskanzler den Finger erhoben habe, sondern darum, den Reichskanzler vor den Ausschuß zu zitieren, um in seiner Anwesenheit

die Beratung der Notverordnungen und der übrigen gegen die Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen vorzunehmen.

Der Redner beantragt Umstellung der Tagesordnung, um zunächst in Anwesenheit des Reichskanzlers in die Beratung der Notverordnungsanträge einzutreten.

Vorsitzender Löbe erwidert, er werde darüber abstimmen lassen, er lasse aber keinen Zweifel, daß bei Annahme des Antrages die ursprüngliche Absicht des Ausschusses durchkreuzt und die Untersuchung nicht stattfinden würde. Nach den klaren Erklärungen der Reichsregierung werde sie vor dem Ausschuß nicht erscheinen, bevor der Streitpunkt nicht ausgeräumt ist.

Darauf wird der kommunistische Antrag auf Umstellung der Tagesordnung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Ausschuß tritt in die Zeugenvernehmung ein, und zwar wird zunächst Reichskanzler von Papen aufgerufen. Als dieser im Saale erscheint, rufen ihm die Kommunisten entgegen: Jetzt kommt der Lohnräuber!

Reichskanzler von Papen gibt zunächst eine zusammenfassende Darstellung der Vorgänge in der entscheidenden Reichstagssitzung von seinem Standpunkt aus. Weder aus seinen Darlegungen noch aus der Erwiderung des Reichstagspräsidenten Goering ergeben sich neue Gesichtspunkte.

Politisch wichtiger wird dann die Aussprache, die sich anschließt. Der Reichskanzler behauptet, der Reichstagspräsident habe ihm zugesichert, daß er auf jeden Fall Gelegenheit haben werde, die Regierungserklärung abzugeben; infolgedessen sei er auf die neue Situation nach der Annahme des kommunistischen Geschäftsordnungsantrages gar nicht vorbereitet gewesen. Goering bestreitet, eine Zusage in dieser Form gegeben zu haben. Der Reichskanzler behauptet weiter, es sei nicht von vornherein die Reichstagsauflösung beschlossen gewesen, vielmehr habe sich diese Notwendigkeit erst durch das Verhalten des Reichstages ergeben. Auf weitere Fragen muß der Reichskanzler allerdings zugeben,

daß die Regierung eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum oder über die Notverordnungen auf keinen Fall zugelassen, sondern dann sofort den Reichstag aufgelöst hätte.

Von besonderem Interesse sind auch die Fragen, deren Beantwortung der Reichskanzler ablehnt. So verweigert er die Auskunft auf die Frage, wann denn eigentlich die Auflösungsorder vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden sei. Ebenso läßt er die Frage des Nationalsozialisten Goebbels unbeantwortet, ob der Reichskanzler eine Unterredung mit dem Bankier Jakob Goldschmidt gehabt und er in dieser Besprechung erklärt habe,

daß die Gewerkschaften, wenn sie im Streik gegen die Notverordnung vorgingen, notfalls aufgelöst werden würden.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten stellen fest, daß die Nichtbeantwortung dieser Fragen auch eine Beantwortung sei.

Aus der weiteren Aussprache ist bemerkenswert, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hoegner wiederholt Fragen stellt, die dem Reichskanzler zu Hilfe kommen sollen. Der Nationalsozialist Dr. Frank ruft ihm zu: „Entlastungsoffensive der Sozialdemokraten für Herrn v. Papen!" Dr. Hoegner erwidert: „Wir haben hier nichts zu belasten und zu entlasten, sondern die Wahrheit zu erforschen." Von den Nationalsozialisten ertönt der Ruf: „Soziaaaa-Barone"! Dafür erteilt Vorsitzender Löbe einen Ordnungsruf.

Nach der Vernehmung des Reichskanzlers äußert sich Reichsinnenminister v. Gayl in ähnlichem Sinne wie Herr von Papen. Für das politische Niveau dieser ganzen Auseinandersetzungen ist bezeichnend, daß der Innenminister u. a. erklärt, er habe aufspringen wollen, sei aber

an einem Schlüssel hängen geblieben. (!)

Ohne diese Tücke des Objekts wäre also wahrscheinlich die deutsche Politik in eine andere Richtung gedrängt worden!

Der Kommunist Torgler fragt: „Ist der Herr Reichsinnenminister und Reichsverfassungsminister der Meinung, daß die Tatsache, daß die Reichsregierung den Reichstag auflösen wollte, bevor der Reichstag von seinem ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen und eine Notverordnung aufzuheben, mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen irgendwie in Einklang zu bringen ist? Minister v. Gayl antwortete: „Jawohl", und die Heiterkeit, die dieser Antwort folgte, ist der beste Beweis dafür, daß die Frage der formalen Verfassungsmäßigkeit von niemandem mehr ernst genommen wird.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dreher sagt aus, er habe den Eindruck gehabt,

daß der Reichskanzler überhaupt nicht wisse, was vor sich gehe,

denn Außenminister v. Neurath habe ihn erst anstoßen müssen. Ein anderer Zeuge, ein Ministerial-Obersekretär aus München, der die Verhandlungen von der Publikumstribüne aus verfolgt habe, erklärt als „Beweis", er habe unmittelbar nach der Sitzung eine Postkarte an seine Frau geschrieben des Inhalts, Herr v. Papen habe soeben ein Mißtrauensvotum bekommen, aber er sei selbst schuld daran.

Eine große Rolle spielt auch die „wichtige" Frage, ob der Reichskanzler das Auflösungsdekret auf den Tisch des Reichstagspräsidenten mit der Schrift nach oben oder umgekehrt gelegt habe. Tribünenbesucher wollen von ihrem Platze aus die Schrift auf dem Auflösungsdekret, insbesondere die Unterschrift des Reichspräsidenten, gesehen haben! Das müssen wohl Leute mit Stielaugen gewesen sein!

In solcher Art geht es noch eine ganze Weile weiter, dann wird die Beweisaufnahme geschlossen. Nach einer Pause faßt der Ausschuß das Ergebnis (das nach unserer Meinung einzig und allein in der Feststellung der Lächerlichkeit dieser ganzen Komödie besteht!) in einer Reihe von Beschlüssen zusammen.

Die Kommunisten beantragten einen Beschluß, daß die Reichstagsabstimmungen über die Mißtrauensanträge und über die Aufhebung der Notverordnungen rechtswirksam seien. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten. Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Sozialdemokraten stimmten dagegen, die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. In der vorangegangenen Aussprache hatte Dr. Frank für die Nationalsozialisten diese Haltung damit „begründet", daß der Ausschuß bereits früher die Rechtswirksamkeit der Plenarabstimmungen festgestellt habe und daß es nach seiner Auffassung keinen Zweck habe, früher gefaßte Beschlüsse zu wiederholen.

Die Sozialdemokraten hatten zu der gleichen Angelegenheit einen Antrag eingebracht, daß die Reichstagsauflösung im Augenblick der Uebergabe der Urkunde wirksam geworden und infolgedessen die Abstimmungen staatsrechtlich unwirksam seien. Für diesen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Deutschnationalen, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, während Nationalsozialisten und Kommunisten dagegen stimmten. Auch dieser Antrag wurde daher abgelehnt. In der Frage der Rechtswirksamkeit der Reichstagsabstimmungen, die den Hauptstreitpunkt zwischen Regierung und Reichstag bildet, hat also der Ueberwachungsausschuß in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß keinen neuen Beschluß gefaßt.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wurde ein nationalsozialistischer Feststellungsantrag angenommen, der besagt, daß sich der Reichskanzler erst zum Wort gemeldet hat, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet worden war. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten habe sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstags entsprochen. Aus den Ausführungen des Kanzlers als Zeuge ergebe sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag noch vor der Abstimmung über Notverordnungen und Mißtrauensanträge aufzulösen. Schließlich wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag gebilligt, wonach der Ausschuß unbeschadet dieser Feststellungen an der Auffassung festhält, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Daran schloß sich noch eine Reihe weiterer Abstimmungen. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wurde die Aufhebung der Notverordnung über Sondergerichte und der bisher verhängten Urteile beschlossen, mit den gleichen Stimmen und denen der Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft. Also auf Grund der Verordnung bereits getroffenen Maßnahmen sollen zurückgezogen werden. Ebenso wurde beschlossen, daß die Reichsregierung unverzüglich vor dem Ueberwachungsausschuß zu erscheinen habe. Auch die Aufhebung der Notverordnung über den Heringszoll wurde beschlossen. Das Zentrum enthielt sich bei allen diesen Abstimmungen der Stimme, weil nach seiner Auffassung der Ausschuß nicht das Recht habe, Notverordnungen aufzuheben.

Ein Termin für eine neue Ausschußsitzung wurde nicht festgesetzt.

Generalprobe für den nächsten Krieg

Die Luftmanöver in Italien

Rom, 27. September.

Maueranschläge und Verlautbarungen in den Zeitungen enthalten die Anweisungen für die Bevölkerung, wie sie sich während der bevorstehenden Luftmanöver vom 28. bis 30. d. Mts. zu benehmen habe. Schon jetzt werden immer wieder gewaltige Sirenen mit ohrenbetäubendem Geräusch erprobt. Sobald die Sirenen an den angegebenen Tagen ertönen werden, muß mit der größten Disziplin jede Anordnung befolgt werden, denn da vermutlich Vernebelungsexperimente und Scheinbombardements mit explodierenden Petarden erfolgen werden, ist das Gefahrenmoment nicht gering. Die künstlichen Nebelschwaden sind zwar nicht direkt gesundheitsschädlich, aber es wird empfohlen, in möglichst luftdicht verschlossenen Räumen Unterkunft zu suchen. Alle Arten von Massenbeförderungsmitteln und Automobile müssen ihre Fahrgäste sofort zum Aussteigen anhalten; jedermann muß in Gebäuden Unterstand suchen; nur die Roten-Kreuz-Autos und die Feuerwehr dürfen ausfahren, auch sie zu Übungszwecken.

Am 28. und 29. d. Mts. müssen die Haustore die ganze Nacht geöffnet bleiben, um eine Zuflucht zu ermöglichen, doch dürfen die Stiegenräume nicht beleuchtet werden. Die Straßenbeleuchtung wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt, nach Alarm ganz ausgelöscht. Der Bahnverkehr erfährt keine Behinderung, nur wird dem Publikum empfohlen, die Fahrt zur Bahn möglichst früh anzutreten, um nicht durch einen etwaigen Alarm aufgehalten zu sein. Die öffentlichen Märkte erfahren gleichfalls Beschränkungen und sind am 29. d. Mts. ganz verboten. Strenge Strafen sind auf Übertretungen gesetzt. Besonders darf niemand sich an Fenstern und auch auf Dachterrassen zeigen. Das Rote Kreuz wird zahlreiche Ambulanzen errichten. (Wiener Arbeiterzeitung.)

Scheidemann in der nationalen Einheitsfront

Verklausulierte Zustimmung zur deutschen Aufrüstung

Die Brüsseler „Etoile Belge" veröffentlicht ein Interview ihres Berliner Vertreters mit dem Reichstagsabgeordneten Scheidemann.

Zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen erklärte Scheidemann auf die Frage, ob die deutsche Sozialdemokratie den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages beipflichtete: „Unser Ziel war stets die allgemeine Abrüstung, aber auch wir beanspruchen selbstverständlich die Gleichberechtigung für Deutschland, und ich glaube versichern zu können, daß in dieser Frage Einmütigkeit innerhalb des deutschen Volkes besteht." Zwischen der Regierung Papen und der deutschen Sozialdemokratie, so fuhr Scheidemann fort, sei ein Gegensatz in der Art des Vorgehens unzweifelhaft festzustellen. Man dürfe nicht zu hastig sein. Aber immerhin müsse daran erinnert werden, daß die deutsche Abrüstung ausdrücklich den Auftakt zur allgemeinen Abrüstung bilden sollte. Ein Auftakt, der sich 14 Jahre hinziehe, sei aber noch nicht vorgekommen. Für ihn gäbe es keine Sicherheit außerhalb der allgemeinen Abrüstung. Wenn aber die anderen die Sicherheit weiterhin nur in den Rüstungen zu finden glaubten, so sei zu befürchten, daß die Deutschen sich eines Tages einer solchen Auffassung gleichfalls anschließen würden.

Auf den Einwurf des Berichterstatters, das deutsche Volk sei von sich aus schon militaristisch, bemerkte Scheidemann, dies sei mehr eine Folge der durch den Versailler Vertrag entstandenen Diskriminierung. Letzten Endes strebe man nach nichts anderem, als nach der Bewegungsfreiheit, in der sich die anderen europäischen Länder befinden.

Die feindlichen Brüder

Nazis sprengen deutschnationale Versammlung im Konzerthaus — „Schlesische Zeitung" gegen Nationalsozialisten

Gestern sollte eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei mit Graef und Freytagh-Loringhoven im Konzerthaus stattfinden.

Der Saal war zu drei Viertel mit Nationalsozialisten besetzt.

Die Gegensätze, die sich zwischen dem deutschnationalen Flügel und dem nationalsozialistischen Flügel der ehemaligen Freunde von Habsburg gebildet haben, die ihrerseits durch die Konterstellung der Nazis gegen die Papenregierung bedingt ist, platzten hier aufeinander. SA-Leuten gelang es, systematisch die Versammlung zu stören. Als der Redner zu sprechen begann, ging ein Höllenlärm los. Zwischenrufe, Pfiffe, Strophen des Horst-Wessel-Liedes störten die Ausführungen Graefs, der sich mit Mühe durchzusetzen versuchte. Die Deutschnationalen antworteten mit Gegenkundgebungen.

Schließlich wurden auch an einigen Stellen des Saales augenreizende Chemikalien geworfen. Ein Polizeiaufgebot griff immer wieder ein und entfernte die Zwischenrufer aus dem Saale. Nachdem eine große Anzahl Nazis aus dem Saal entfernt worden waren und die Polizei vor allem einen Teil der Galerie geräumt hatte, konnte die Versammlung durchgeführt werden. Immer wieder wurden aber die Redner durch das Toben der Nationalsozialisten unterbrochen, besonders an der Stelle der Rede Graefs, in der er feststellt: „Niemals sei eine Bewegung von ihren Führern so furchtbar verraten worden wie der Nationalsozialismus. Sein rasches Wachstum sei ihm zu Kopfe gestiegen."

Dem Deutschlandlied, mit dem die Versammlung geschlossen wurde, antworteten die Nationalsozialisten mit dem Gesang ihrer Lieder. (!!)

Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Gartenstraße in der Umgebung des Konzerthauses zu Tumulten. Stahlhelmer, die in Gruppen von der Versammlung kamen, wurden angegriffen und mißhandelt. Die Gartenstraße wurde wiederholt von der Polizei geräumt. 29 Personen wurden verhaftet.

Wie relativ tief diese Gegensätze sind, beweist ein kurzer Bericht der „Schlesischen Zeitung", den wir hier in seiner wichtigsten Stelle ungekürzt wiedergeben:

„. . . Den Saal füllten fast zur Hälfte Nationalsozialisten, deren Störungstrupps sofort zu Beginn der Versammlung sich wie die Wilden aufführten und durch Brüllen, Singen, Pfeifen, den Ruf „Heil Hitler!" zu einem Kennzeichen politischen Rowdietums entwürdigten, das mit der nationalen Idee nicht das geringste gemein hat."

Wenn man bedenkt, daß gerade die „Schlesische Zeitung" bei der letzten Wahl sich rückhaltlos für die Propagierung der Nazis und der nationalsozialistischen Idee eingesetzt hat, so ist dieser Umschlag der trotz allem faschistischen Zeitung (Die Verlagerung des Faschismus auf andere Kreise ändert hier eben nichts!) ein bemerkenswertes Symptom.

Die Arbeiterschaft darf sich aber durch diese Vorgänge nicht dazu verleiten lassen, diese Gegensätze im Lager der früheren Habsburgerfront zu überschätzen. Diese Gegensätze bleiben nach wie vor nur ein Spiegelausdruck der Schwäche der deutschen Arbeiterklasse. In dem Moment, wo die Arbeiterklasse ihre Kräfte sammelt, steht die faschistische Front auch wieder geschlossen da.

*

Zu den Zwischenfällen in einer deutschnationalen Versammlung wird noch berichtet, daß die Zusammenrottungen auf der Gartenstraße in der Nähe des Konzerthauses bis gegen Mitternacht andauerten. Insgesamt wurden sieben Personen, teils leicht, teils schwerer verletzt, ins Krankenhaus eingeliefert.

SA Mann als „phantastischer Lügner"

Vor dem Breslauer Sondergericht

Immer noch hat sich das Breslauer Sondergericht mit Vorfällen zu beschäftigen, die sich am 22. Juni abspielten, als die Nationalsozialisten die Versammlung in der Jahrhunderthalle abhielten, vor deren Beginn auch der Arbeitersportler Günther niedergeschossen wurde.

Gestern hatte sich der Rentenempfänger Walter Pollack wegen schweren Landfriedensbruch zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, an jenem Tage mit anderen einen planmäßigen Ueberfall auf die Nationalsozialisten am Ohlauer Stadtgraben verübt zu haben. Die Umstände der Anzeige waren jedoch etwas mehr als seltsam. Pollack wurde im Monat Juli in einer Ermittlungssache auf das Polizeipräsidium geladen. Dort begrüßte er einen Bekannten mit dem Rufe Freiheit. Das hörten zwei zufällig anwesende SA-Leute, die am 22. Juni von politischen Gegnern überfallen worden sein und nun Pollack als einen der Angreifer wiedererkennen wollten. Sie gaben dem Beamten, der sie vernahm, Mitteilung, der sich ihrer Anzeige auch sofort und mit bedenklichem Eifer annahm.

Nowotny und die anderen Belastungszeugen, sämtlich Mitglieder der NSDAP oder SA, traten nun mit großer Sicherheit auf und bekundeten mit Bestimmtheit, in Pollack als einen der Angreifer wiedererkannt zu haben. Der Zeuge Nowotny erklärte sogar, daß er damals dem Angeklagten auch eine verpassen wollte. Eine ganze Reihe Entlastungszeugen bewies jedoch, daß sich der Angeklagte Pollack, am 22. Juni bis abends 9 Uhr in seinem Garten aufgehalten und an den Vorgängen nicht beteiligt habe. Der Staatsanwalt selbst führte in seinem Plädoyer aus, daß er die Aussagen des Zeugen Nowotny nicht verwerten könne, da gegen ihn im vorigen Jahr ein Meineidsverfahren geschwebt und er bei den Akten ein Gutachten gefunden habe, das ihn als „phantastischen Lügner" bezeichne. Er beantragte Freispruch.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Es sprach jedoch den Angeklagten nicht von dem Verdacht los, bei der Schlägerei zugegen gewesen zu sein. Der Prozeß beweist, welche Unverantwortlichkeit die Proleten in den Sondergerichtsprozessen oft auf die Anklagebank bringt und beleuchtet aufs neue den zweifelhaften Wert der nationalsozialistischen Zeugenaussagen. Der Angeklagte wäre unzweifelhaft mit einer hohen Strafe bedacht worden, hätte er sein Alibi nicht so gut nachweisen können.

Wunsch und Traum eines ehem. Linken in der SPD

Der Lokalredakteur —ig. hat anläßlich der Bezirkskonferenz der SAP wieder einmal wertvolle Teile seines Käseblättchens dazu benutzt, um sein Gewissen, soweit er ein politisches Gewissen hat, zu beruhigen.

Der ehemalige Rußlanddelegierte —ig., der nur mit Hilfe der jetzigen SAP-Genossen seinerzeit in der SPD verbleiben konnte, weil sie einen Ausschlußantrag verhinderten, der solange linke Opposition mimte, bis er mit unserer Hilfe einen einträglichen Posten erlangt hatte, der hat jetzt nichts besseres zu tun, als wie seinen frommen Lesern die unglaublichsten Dinge vorzulügen und sie zu betrügen. Trotzdem er weiß, daß die Bezirkskonferenz und die Veranstaltung anläßlich des einjährigen Bestehens der SAP eine Woche auseinander liegt, verwechselt er nun beide absichtlich, um, wie er es nennt, einen Epilog daraus zu machen.

Besonders betont er die Bedeutungslosigkeit der SAP innerhalb der Arbeiterbewegung. Welch krasser Widerspruch, wenn man dieser Bewegung 102 Zeilen widmet.

Klagend fragt er: Wo ist die Opposition, die vor dem Ausscheiden der SAP-Leute besonders wirksam war in der SPD? Das möchten wir dich fragen, warum machst du keine Opposition mehr? Etwa, weil die SPD von Sieg zu Sieg schreitet? Oder weil die politischen Erfahrungen der letzten Wochen und Monate gezeigt haben, daß der verderbliche Kurs die letzten Jahre richtig war? Nein! Weil die damalige Opposition des Redakteurs —ig. nur gemacht wurde, um so schneller zu seinem persönlichen Ziele zu kommen. Wir sind aber gewiß, daß auch in der SPD schon zum Teil jetzt und in noch viel stärkerer Weise in nächster Zeit eine Opposition entstehen wird oder muß. Allerdings nicht geführt von solchen Leuten. Ueber solche politische Geschäftlhuber wird die Opposition hinweggehen. Soweit sie sich in den Weg stellen, werden sie weggefegt werden.

Zu unserer Freude können wir mitteilen, daß die Veranstaltung für das einjährige Bestehen der SAP am Sonntag, den 2. Oktober, im großen Konzerthaussaal, so gut wie ausverkauft ist. Es besteht die berechtigte Aussicht, daß die Veranstaltung für Sonntag, den 2. Oktober, zweimal wird erfolgen müssen.

Wenn der Lokalredakteur —ig. von Jammerfiguren spricht, dann nur deshalb, weil er von seiner „charaktervollen Person" nicht loskommt und weil er Zeit seines Lebens als eine solche Figur gezeichnet ist.

Zu unserem Bedauern müssen wir von Zeit zu Zeit uns mit solchem Dreck beschäftigen. Die Zeit ist ernst genug, um mit allen Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen ernsthaft zu verhandeln, wie der aktive Abwehrkampf gegen die Sozialreaktion formiert werden könnte. Wir können aber unmöglich solche Schmierereien ohne Erwiderung über uns ergehen lassen.

Stadtteilleiter und Distriktführer der SAP!

Am Montag, den 3. Oktober, beginnen wir eine Werbewoche für die „SAZ". Bis Freitag dieser Woche müssen alle notwendigen Vorbereitungen getroffen sein. In allen Stadtteilen sind umgehend Funktionärbesprechungen zu organisieren. Für die Einleitung der Werbewoche werden wir am Sonnabend eine Extranummer der „SAZ" herausbringen, die zugleich eine Sondernummer anläßlich des einjährigen Bestehens der SAP sein wird.

Die gesamte Parteiarbeit muß in den Dienst der Zeitungs-Werbung gestellt werden. Die Zeitung ist die Waffe der Partei.

Der Giftmord in Klein-Partwitz aufgeklärt

Geständnis des Täters

Hoyerswerda, 27. September.

Die Breslauer Mordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars Kubitzky hat heute die Vernehmung des unter Tatverdachts verhafteten Schuhmachers Eduard Just im Gerichtsgefängnis in Hoyerswerda fortgesetzt. Nach stundenlangem Leugnen hat der Beschuldigte unter der Last des gegen ihn zusammengetragenen Beweismaterials ein Geständnis abgelegt. Nachdem die Mordkommission in eingehender Ermittlung hat feststellen können, daß die Vergiftung in der Weise ins Werk gesetzt wurde, daß der Täter seinen Opfern immer nach und nach stärker wirkende Dosen des Giftes beigebracht hatte, um so eine Krankheit seiner Opfer wahrscheinlich zu machen, und jeden Verdacht von sich abzulenken, gelang es weiterhin, auch die Herkunft des zu der Tat benutzten Giftes, welches aus einem Einbruch in die Vorratsräume einer Glashütte stammt, zu ermitteln. Über den Hergang der Tat und die Beweggründe zu dieser hat Just in seinem Geständnis folgende Angaben gemacht: Der von ihm umgebrachte Christian Groba habe versucht, seine Schwägerin, also seine (des Beschuldigten) Frau um ihr Erbteil zu bringen. Die Wirtschaft, welche von dem Vater der Schwestern Anna (Frau des Groba) und Maria (Frau des Täters) überschrieben worden war, konnte zwei Familien nicht ernähren, so daß Maria durch eine Barabfindung in Höhe von 600 Mk. entschädigt werden sollte. Diese Entschädigung habe der Mann der Anna Groba nicht gezahlt. Um das Erbteil zu retten, habe Just den Entschluß gefaßt, die ganze Familie Groba, Vater, Mutter und Sohn, zu beseitigen. Er habe sich zu diesem Zweck Arsenik durch Einbruch in die oben erwähnte Glashütte verschafft und das Gift dann so zur Anwendung gebracht, daß er nach und nach kleine Mengen desselben in den Kaffee getan hat. Die Folge davon war, daß die ganze Familie an Halsschmerzen und Durchfall erkrankt sei, so daß allgemein angenommen wurde, es herrsche Grippe oder Typhus in der Familie. Er habe auch seine Frau und Tochter von dem vergifteten Kaffee trinken lassen, ebenso wie er selbst getrunken habe, um nicht dadurch verdächtig zu werden, daß gerade er und seine Familie von allen Krankheitssymptomen verschont blieben. Dann habe er seinen Schwager Christian Groba und seiner Frau eine täglich stärker werdende Dosis gegeben, unter dem Vorwand, daß das Pulver gut gegen Kopfschmerzen sei. Er habe auch die Anna Groba veranlaßt, ihrem 6jährigen Kinde Richard eine genügende Dosis Arsenik zu verabreichen. Die ahnungslose Mutter gab ihrem Kinde das angebliche Heilpulver.

Wie raffiniert der Täter zu Werke gegangen ist, geht auch daraus hervor, daß er, um seine Opfer sicher zu machen, vor ihren Augen selbst eine unschädliche Menge Gift zu sich nahm.

Den Schwiegervater Türke vorsätzlich vergiftet zu haben, bestreitet Just und behauptet, daß dieser nur von dem vergifteten Kaffee getrunken hätte. Da er seine eigene Frau in das beabsichtigte Verbrechen nicht eingeweiht hatte und seine Opfer alle tot waren, konnte er hoffen, daß die Tat unentdeckt bleiben würde. Da die Ehefrau des Täters als einzige überlebende Angehörige in der Familie außerdem in ihren Angaben ihren Ehemann deckte, gestaltete sich die Ermittlung und der Nachweis der Täterschaft außerordentlich schwierig. Erst eingehende Ermittlungen gaben die Möglichkeit, dem Mörder die Tat nachzuweisen und ihn so zu einem Geständnis zu bringen. Es haben sich weiterhin im Laufe der Ermittlungen auch Verdachtsmomente in der Richtung ergeben, daß Just auch bei dem Tode seiner zweiten Ehefrau, er war dreimal verheiratet, die Hand im Spiele gehabt hat.

Gemeinde- u. Staatsarbeiter

in der SAP organisiert, Donnerstag, den 29. September 1932, um 19 Uhr, im „Zentral-Ballsaal" wichtige Sitzung. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Siegreicher Streik

In Langenbielau (Schlesien) hat die Firma Dierig infolge Streiks einer geschlossenen Abteilung von 150 Mann, wobei Freigewerkschaftler, Christliche, Unorganisierte und NSDAP-Arbeiter in geschlossener Front standen, ihren angekündigten Lohnabbau zurückgezogen.

Nazistreiche überfallen eine Genossin

rauben Abzeichen und ohrfeigen sie

Am Dienstag nachmittag, 1/4 18 Uhr, wurde auf der Sadowastraße, Nähe Neudorfstraße, eine Genossin, die das Abzeichen der antifaschistischen Aktion trug, von einem Nazi, der von zwei anderen, auch in Uniform, begleitet war (zwei standen außerdem an der Ecke Neudorfstraße), mit Gewalt das Abzeichen entrissen; als dieses löbliche Werk vollbracht war, bekam sie ein paar kräftige Ohrfeigen zum Abschied. Vorher waren derselben Genossin, die die Kaiser-Wilhelm-Straße entlang gekommen war, vereinzelt uniformierte Nazis begegnet, von denen auch nicht einer sie irgendwie angepöbelt, noch sonst angegriffen hatte. Aber, wenn fünf „Parteigenossen" beisammen sind und das Braune Haus in der Nähe ist, dann kann man es ja wagen, eine Proletin zu überfallen.

Zeitkarten

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat Oktober 1932 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Freitag, den 30. September, und Sonnabend, den 1. Oktober 1932, ist die Verkaufsstelle Elisabethstraße 4 von 8—18 Uhr geöffnet.

Kultur von links gesehen

Lobetheater

Franz Molnar „Spiel im Schloß"

E. K. Das undramatische Drama „Schuster Anton Hitt" ist vom Spielplan abgesetzt worden. Die Kritik hat Recht behalten und die Theaterleitung erfahren, daß ihre Begeisterung nicht immer die des Publikums ist. Hoffentlich mit dem Erfolg, daß die dem Mythischen entsprungen und im Undramatischen verhafteten Stücke aus dem Wolkenreich der faschistischen Ideologie nun schon aus finanziellen Gründen von der Bühne verschwinden.

An Stelle des abgesetzten Dramenschusters ist Molnars „Spiel im Schloß" getreten, nun schon zum drittenmal in Breslau aufgeführt. Aber die geschickt gemachte und auf Bühnenwirkung abgestellte dramatische Anekdote Molnars, die uns nicht über die gesellschaftlichen Gegensätze und Aufgaben hinwegtäuschen wird, hat wenigstens nicht das Publikum gegen sich. Der Zuschauerraum sprüht vor Heiterkeit, von der Situationskomik mitgerissen. Ein vergnüglicher Reißer, den die gedämpfte Komik Manfred Ingers und Alfred Scherzers gelungene Rolle vor dem Abgleiten ins Ueberspitzte bewahren, wovon Helene Dietrich nicht ganz frei ist. Emil Stöhrs Leistung enttäuscht nicht. Dagegen fällt Dr. Schmerzenreichs und Peter Arnolds Spiel etwas nichtssagend aus. Paul Demel zeigt einen vielbelachten Gecken und Hampelmann von Hofschauspieler. Die Inszenierung Wiltons ist in Anbetracht der Kürze der dafür verfügbaren Zeit anzuerkennen.

Zerplatzte Seifenblasen

Das Fiasko der deutschen Außenpolitik

D. F. Selten hat sich der völlige Mangel an primitivstem außenpolitischen Verständnis in Deutschland mit so eklatanter Deutlichkeit gezeigt, wie in den letzten Tagen im Anschluß an die englische Note. Wochenlang hatte die deutsche Presse fast ohne Ausnahme von rechts bis links behauptet, in England herrsche die größte Erbitterung über die scharfe französische Antwort an Deutschland. England erkenne den deutschen Rechtsanspruch völlig an, eine deutsch-italienisch-englische Entente sei, wenn nicht schon hergestellt, so doch auf dem besten Wege. England habe nur das eine Interesse, die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu brechen und Frankreich völlig zu isolieren, und Deutschland falle dabei die Rolle des englischen Kontinentaldegens zu. Welch' Übermaß an Torheit die deutsche Presse hier wieder aufgebracht hat, wird ersichtlich aus einem Artikel, den die in letzter Zeit stark ins Lager der stärkeren Bataillone abgeschwenkte „demokratische" „Frankfurter Zeitung" zwei Tage vor dem Eintreffen der englischen Note veröffentlicht. Der Londoner Korrespondent dieses Blattes erzählt hier, daß in ganz England eine glühende Liebe zu Deutschland und „Verdruß" gegenüber Frankreich herrscht, er behauptet, „die Engländer verstehen, daß der Nationalismus in Deutschland in der Hauptsache eine Folge der törichten Politik Frankreichs ist", und läßt seinen Artikel in den prophetischen Worten gipfeln: „Vielleicht mag Downing Street sogar soweit gehen, der Wilhelmstraße bei der Vertretung der deutschen Forderungen tatkräftigere Unterstützung als bisher in Aussicht zu stellen!"

Nachdem in dieser Weise in Deutschland eine Seifenblasenpolitik getrieben wurde — ganz mit Recht schrieb in diesen Tagen die „Times", daß man der deutschen Oeffentlichkeit prinzipiell nur das vorsetzt, was sie hören will — ist es nicht verwunderlich, daß die englische Note in der gesamten deutschen Presse mit maßlosem Erstaunen aufgenommen wurde. Staunen allein ist aber noch kein politischer Faktor; irgendeine Erklärung dafür, daß es so ganz anders kam, als man erwartet hatte, muß gefunden werden — auch dann, wenn es nur mit Hilfe der halsbrecherischsten Bocksprünge möglich ist. Die Tatsache einer völlig falschen Beurteilung kann natürlich die Presse ebenso wenig zugeben, wie das Auswärtige Amt, das Renommé könnte darunter leiden, und wenn der wesentlichste Faktor, auf den die deutsche Politik sich stützt, die Tatsache nämlich, daß die große Masse glaubt, was in der Zeitung steht, denen, die die Politik machen, verloren geht — was bleibt ihnen dann noch? Also: wenn England noch gestern mit heißer Liebe zu Deutschland und glühendem Haß gegen Frankreich erfüllt war, heute aber eine Note in die Welt schickt, die in Ton und Inhalt ungleich schärfer ist als die französische, dann muß über Nacht ein Wunder geschehen sein. Wer vollbrachte das Wunder, den englischen Bruder über Nacht in das perfide Albion zu verwandeln? Das kann natürlich nur der böse Erbfeind Frankreich sein. Mit welch grenzenloser Borniertheit in Deutschland der Oeffentlichkeit Märchen aufgetischt werden können, zeigt die an Tausendundeinenacht erinnernde Fabel, mit der die offiziöse Berliner Börsenzeitung die englische Note kommentiert:

„Herriot hat mit der ganzen Brutalität eines französischen Demokratenführers, Rüstungsfreundes und Abrüstungsgegners den englischen Widerstand gegen die französische Borniertheit in einem einzigen kurzen Ansturm über den Haufen gerannt. Noch bis zum Sonnabendabend war die Haltung der öffentlichen Meinung Englands zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung und zu der deutschen Ablehnung einer Teilnahme an der Abrüstungskonferenz dahin zu charakterisieren, daß für Deutschland volles Verständnis vorhanden war und daß man in London nach einem Wege suchte, um Deutschlands Wunsch zu befriedigen, ohne dabei Frankreich allzusehr zu kränken. Da geschah das Unerwartete: nach zwei scharfen Reden, die Herriot am Sonnabend nachmittag gehalten hatte, nahm sich der französische Ministerpräsident den englischen Botschafter Lord Tyrrell vor; Herriot kam, sah und siegte."

Andere Zeitungen verweisen in höchster Entrüstung darauf, daß doch noch im Juli Mac Donald Herrn von Papen „gewisse Hoffnungen" gemacht habe. Nur vergessen sie dabei völlig, daß zwischen Mitte Juli und Mitte September zwei Monate liegen, zwei Monate, die an innenpolitischen Ereignissen in Deutschland nicht gerade arm gewesen sind. Sie vergessen, daß in diesen zwei Monaten die Diktatur der Junker und Generale in Deutschland und Preußen stabilisiert, die Mitwirkung der Volksvertretung ausgeschaltet worden ist, vergessen die 14 Millionen Hitlerstimmen am 31. Juli, den Stahlhelmtag, bei dem Hohenzollernprinzen, kaiserliche Generale, Reichsminister und Reichswehrführer als Ehrengäste paradierten, vergessen Herrn von Schleichers „auf jeden Fall", die Schaffung des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung", den Bauauftrag für den Panzerkreuzer C und ein paar andere Kleinigkeiten dazu. Wer nicht so verblendet war, zu glauben, daß all das in Deutschland jeden Tag geschehen kann, ohne daß das Ausland davon Notiz nimmt, den kann die englische Antwort wahrlich nicht so überrascht und unvorbereitet getroffen haben, wie den größten Teil der deutschen Presse und das deutsche Außenministerium dazu.

Illusionisten könnten glauben, daß nach diesem beispiellosen Fiasko der deutschen Außenpolitik die maßgebenden Kreise etwas gelernt haben und ein wenig vorsichtiger mit ihren Märchenerzählungen geworden sind. Keine Spur. Kaum hat sich die Presse ein bißchen von dem Schreck, den die englische Note ihr eingejagt hat, erholt, da geht's schon wieder los. Einhellig wird schon wieder berichtet, daß Henderson bei der Leitung der Genfer Verhandlungen nur auf das abwesende Deutschland Rücksicht nehme und darob große Verstimmung in Frankreich herrsche. In Wirklichkeit erfüllt Henderson lediglich seine Pflicht als Verhandlungsleiter, wenn er sich um Ueberwindung der Spannungen und um ein Gelingen der Konferenz im Rahmen des Möglichen bemüht. Und die Verstimmung in Frankreich? Pertinax hat, wie es seines Amtes ist, die französischen Rechtskreise wieder einmal durch die Nachricht, Frankreich werde zur Abrüstung und zur Aufgabe seiner Sicherheit gezwungen, alarmiert. Und ein paar andere Rechtsblätter sekundieren. Das ist alles.

Diplomatengezänk, das die Arbeiterklasse nichts angeht! Leider sieht die Presse der großen proletarischen Parteien fast so aus, als ob man dort dieser Meinung wäre. Sie sieht nicht, daß die systematisch erzeugten außenpolitischen Illusionen nicht nur im gesamten Bürgertum eine neue Kriegspsychose vorbereiten, sondern auch tief in die ungenügend informierte Arbeiterschaft eindringen. Soll ein zweites „Hineinschliddern" verhindert werden, so muß die Arbeiterschaft diesen Fragen eine weit größere Aufmerksamkeit widmen als bisher. Nicht zum zweiten Mal darf nachträglich, wenn das Unheil geschehen ist, einer aufstehen und sagen: „Wie wir betrogen wurden", sondern im Voraus heute und jeden Tag, ist es unsere Aufgabe, zu zeigen: wie wir betrogen werden!

Orkan über Portorico

200 Tote — Orangenernte vernichtet

New York, 27. September.

Ein überaus heftiger Orkan wütete heute über San Juan (Portorico) und richtete schweren Schaden an. Allem Anschein nach ist diese Sturmkatastrophe noch bedeutend folgenschwerer als der letzte große Orkan vor vier Jahren. Die Verbindungen mit der Insel Portorico konnten bereits wieder aufgenommen werden.

Die Zahl der Todesopfer der Sturmkatastrophe wird nunmehr auf nahezu 200 geschätzt. Der Sachschaden dürfte sich auf viele Millionen Dollar belaufen. Die größten Befürchtungen hegt man für die Orangenernte, deren Ertrag vor dem Orkan mit 7 Millionen Früchten eingeschätzt war. Auch die Kaffee-Ernte ist sehr geschädigt.

Der Gouverneur von Portorico schätzte die Zahl der Todesopfer der Sturmkatastrophe auf 200 und die Zahl der Verletzten auf mindestens 1000.

30 Tote in San Juan

New York, 27. September.

Der schwere Orkan, der heute über San Juan wütete, hat, laut Associated Preß, mindestens 30 Menschen das Leben gekostet. Viele hundert Personen sollen verletzt sein. An den 1000 Wohnhäusern San Juans, die an der Ozeanküste stehen, sind mindestens 800 zerstört oder beträchtlich beschädigt worden.

Orkan auch in der dominikanischen Republik

Santo Domingo, 27. September.

Ein Orkan suchte San Pedro de Macoris heim und nähert sich jetzt der Hauptstadt Santo Domingo.

Erdbeben auf dem Balkan

150 Todesopfer in Chalkidice

Athen, 27. September.

Etwa 15 Ortschaften an der Ostküste von Chalkidice sind durch das Erdbeben beinahe völlig zerstört. Die Einwohner wurden während des Schlafes von der Katastrophe überrascht, was die hohe Zahl der Opfer erklären dürfte. Die Zahl der Toten dürfte sich, wie die neuesten Meldungen besagen, auf annähernd 150 belaufen, die der Verletzten auf 250.

50 Tote im Dorf Stratonikion

Athen, 27. September.

Nach amtlichen Meldungen aus Macedonien ist das Dorf Stratonikion auf Chalkidice durch das Erdbeben zerstört worden. Es wurden 50 Tote und 100 Verwundete gezählt. Auch in dem benachbarten Dorf Ierissos sind zahlreiche Häuser eingestürzt und man rechnet mit etwa 100 Opfern.

STADTTHEATER

Mittwoch, 20—22.45 Uhr
Abonn.-Vorstellung F 2
Der fliegende Holländer

Donnerstag, 20—gegen 23 Uhr
Der Zarewitsch

Freitag, 20—gegen 23 Uhr
Abonn.-Vorstellung C 3
Erstaufführung
Mister Wu

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.15 Uhr
Spiel im Schloß

Sonnabend, 20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Die endlose Straße
ein Frontstück von Sigm. Graff u. C. E. Hintze.

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.20 Uhr
Die versunkene Glocke

Sonnabend, 20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Der Tiefstapler
Kriminalgroteske von Franz Gammerlohr.

Schauspielhaus
Heute 8.15
Première
mit der Kálmán-OPERETTE
Die Csardasfürstin
Preise von 30 Pf. bis 2.50
Ab morg. tägl. 2× 4.30 und 8.15
Nachmittags-Preis von 30 Pf. bis 1.25
Vorverkauf Barasch, Wertheim u. Theaterkasse, ab 10 Uhr ununterbrochen.

Berlin

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind **erfolgreich und billig!**

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

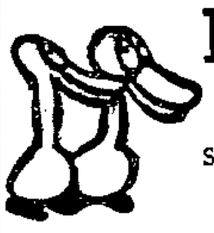
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gaburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92.

Die Einheitsfront

SPD.-, SAP.- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß



DIE ENTE
die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Achtung Distriktsführer! Diese Woche ist die Abrechnung fällig!

Die Distriktsführer holen die Karten für 2. Oktober für die mit Namen gemeldeten Genossen Donnerstag, von 18—19 Uhr, im Sekretariat.

Oltaschin: Freitag, 30. September, 20 Uhr, bei Heike. Referent: Genosse Seewald.

Sozial. Arbeiterhilfe, Abt. Gefangenenfürsorge. Quittung. Eingegangen sind: Zimmermanns Veranstaltung, durch Gen. Secher 4.38 Mk. Sammelliste 91, 3.30, 92, 4.10 Mk.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

An alle Delegierten des SJV zur Aktionsgemeinschaft:
Morgen Donnerstag, 18.30 Uhr, findet im Arbeiterheim, Siebenhufenerstraße 11, eine wichtige Sitzung aller Delegierten statt.

Freidenkerjugend, Gruppe West:
Heute, 20 Uhr, setzen wir unsere Arbeitsgemeinschaft über „Klassenjustiz und Proletariat" in der Wohnung der Genossin Nora Seelig, Gräbschener Straße 77, fort. Morgen beteiligen wir uns alle an der Veranstaltung der JHV im Arbeiterheim, Siebenhufenerstraße 11/15. Wir treffen uns 19.30 Uhr vor dem Heim Friedr.-Wilh.-Str. 45.

Wo decke ich meinen Bedarf?

Lebensmittelhaus Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 154

Oskar Laqua
Anderscnstraße 31
Kolonialwaren

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschella, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Stg. — Tel. 262 31

WESTEN

Obst · Gemüse · Kolonialwaren
Erich Völkel Bergstraße 20

Stets frisch zu haben bei
Kurt Reichert
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20
Ecke Leuthenstraße

möbel preiswert
im möbelhaus **das heim** königsplatz 4

Franz Rzehulka
Kolonialwaren / Tabake
Riesenstraße 46, Ecke Leuthenstraße

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 56
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

August Schneider Wenzel-Str. 6
Fabrik fein. Fleisch- und Wurstwaren —
Ia Qual. - Niedrigste Preise - (Filialleiter: Erich Schmidt)

Genossen! Fahrräder · Motorräder und alle Ersatzteile
bei Karl Borst jun., Steinauer Straße 12a.

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei Ritter. Friedrich-Wilhelm-Straße 55

Ein Leben der Arbeit und des Kampfes

Zum 30. Todestage Emile Zolas, gestorben am 29. September 1902

Ganz Frankreich feiert in diesen Tagen das Andenken seines großen Romanschriftstellers Emile Zola, und in der ganzen Welt werden unzählige Veranstaltungen zu seinen Ehren getroffen. Viele Millionen Menschen erinnern sich der tiefen Eindrücke, die sie aus der Lektüre seiner in viele Sprachen übersetzten Romane erhalten haben.

Nicht immer war der Ruhm Zolas so unumstritten. Im Gegenteil: zu seinen Lebzeiten teilten sich die Kenner seiner Werke in heftige, fanatische Gegner und glühende Anhänger. An seinem Namen entzündeten sich Fehden, die weit über das literarische Gebiet hinausgingen, tief ins gesellschaftliche und politische Leben hineingriffen. Die vier Jahrzehnte seines schriftstellerischen Schaffens waren erfüllt von Kämpfen und Angriffen, wie sie selten ein „Literat" erfahren hat.

Dabei war Zola selbst kein eigentlich aggressiver Geist. Es lag ihm nicht daran, Kämpfe heraufzubeschwören — aber er wich

Aus Anlaß des 30. Todestages von Emile Zola beginnen wir morgen mit dem Abdruck einer Anzahl kleiner Abschnitte aus einer neuen im Malik-Verlag erschienenen Biographie über Zola, die von seiner Tochter Denise Leblond Zola verfaßt ist.

ihnen allerdings auch niemals aus, wenn sie sich aus der Sache, aus seiner Arbeit oder aus den gesellschaftlichen Umständen ergaben. Und diese Kämpfe entbrannten, weil die herrschende Klasse sein Werk, Zolas mehr als zwanzig gewaltige Romanbände, als eine einzige Kampfansage, als eine Provokation empfand.

Wie kam das? Zola war Naturalist, das heißt, er schilderte in seinen Romanen das gesellschaftliche Leben seiner Zeit so, wie es war — nicht so, wie es die Herrschenden, Besitzenden und Mächtigen gesehen und geschildert sehen wollten. Er sezierte diese Gesellschaft in einer beispiellosen Weise: systematisch beleuchtete er diese Gesellschaft des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters von allen Seiten, rückte ein Gebiet nach dem anderen unter die Lupe seiner Darstellung, nahm auf niemand und auf nichts Rücksicht und diente nur seinen großen Idealen: der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Kein Wunder, daß die Zahl seiner Feinde nicht gering war.

Dieses Werk, das Zola schuf, erforderte aber nicht nur Mut, sondern auch eine fast unvorstellbare Arbeitskraft. Er gestaltete in seinen Romanen das Leben aller wichtigen Berufe, aller wichtigen Wirtschaftszweige, aller gesellschaftlichen Schichten, die Problematik aller großen Fragen seiner Zeit. Und das tat er nicht aus flüchtigen Impressionen, aus oberflächlichen, dann durch Phantasie ergänzten Eindrücken, sondern nach einem jedesmal Monate und Monate andauernden Studium. Zu jedem seiner Bücher las er zuvor unzählige Werke der wissenschaftlichen Literatur und machte sich umfangreiche Auszüge; aber noch wichtiger war, daß er das Leben, das er schildern wollte, an der Quelle studierte. Um eine Markthalle zu beschreiben, beobachtete er unzählige Male zu allen Tages- und Nachtstunden das Leben und Treiben in den Pariser Markthallen — um einen Roman über das Landleben schreiben zu können, stellte er monatelang eingehende Studien in ländlicher Gegend an — und so für jedes Gebiet und für jeden seiner Romane. Er nahm erst die Farben, die Geräusche, den Duft, kurz alle Lebensäußerungen eines Milieus in sich auf, ehe er es schriftstellerisch gestaltete. Eine zeitgenössische Karikatur zeigt ihn, wie er sich überfahren läßt, um die Gefühle beim Ueberfahrenwerden kennenzulernen — diese Karikatur sagt mehr über den Mann als tausend gelehrte Versuche, sein Wesen zu erklären.

Dieses nach seinem Umfang und seiner Tiefe fast einzigartige Werk schuf Zola nicht etwa unter besonders günstigen äußeren Umständen. Im Gegenteil: er hatte jahrelang mit bitterster materieller Not zu kämpfen, die ihn nicht zu produktivem Schaffen kommen ließ, und er mußte sehr lange für seinen bescheidenen Lebensbedarf Arbeiten verrichten, die mit seinem eigentlichen Werk nichts oder wenig zu tun hatten. Gegen tausend Widerwärtigkeiten, gegen eine Welt von Feinden, verfolgt und verleumdet, erkämpfte er sich Schritt für Schritt den Weg ins Freie.

Er setzte sich durch, er wurde anerkannt, er konnte ungehindert seinem Werk durch Arbeit dienen — da geschah das Große, Unvergeßliche, die Tat, die diesen Mann uns noch näher gebracht hat als sein Werk: er setzte alles aufs Spiel für die Gerechtigkeit. Ein französisches Kriegsgericht hatte einen Hauptmann Dreyfus wegen angeblicher Spionage zu lebenslänglicher Verbannung auf die Teufelsinsel verurteilt. Zola erkannte, daß ein Unschuldiger vernichtet werden sollte — ja, er sah noch mehr: hier lag nicht etwa ein versehentlicher Fehlspruch einiger Richter vor, sonder ein Fall, der in krassester Weise den Klassencharakter der französischen Justiz und ihre Abhängigkeit von der französischen Generalität beleuchtete. Da konnte er nicht schweigen. In einem Alter, in dem andere satt ihren Ruhm genießen und von Ehrung zu Ehrung eilen, setzte er sich in Widerspruch zu der gesamten öffentlichen Meinung, zog sich den Haß, die Verleumdung, die Verfolgung seitens einer übermächtigen, den Staat beherrschenden Klique zu.

Der Verlauf dieses Prozesses, in dem Zola wegen seines Angriffes gegen die parteiischen Richter selbst vor Gericht gestellt und zu Gefängnis verurteilt wurde, ist gerade in unserer Zeit von besonderem Interesse: er ist den weitesten Kreisen vor allem durch den Dreyfus-Film bekannt geworden, in dem Heinrich George den Menschen und Kämpfer Zola so wunderbar, so unvergeßlich verkörpert hat.

Zola war kein Sozialist im eigentlichen Sinne des Wortes. Er stellte die soziale Frage, aber er sah nicht den Weg, den einzigen Weg zu ihrer Lösung. Und doch ist er uns ganz nahe. Er hat das Arbeiterleben, etwa in seinem Bergarbeiterroman „Germinal", geschildert wie keiner vor ihm, er hat der herrschenden Klasse die Maske vom Gesicht gerissen wie wenige andere, und er hat das alles nicht um des Ruhmes willen getan, sondern für den Fortschritt der Menschheit, um mitzuschaffen an einem glücklicheren, menschenwürdigeren Leben für alle. Durch sein Werk und durch die Tat, durch seine Arbeitskraft und durch seinen Mut hat er für die Zukunft gestritten — und das Wunderbare ist, daß sein Werk und seine Tat in untrennbarer Einheit weiterleben im Bewußtsein, im Kampf von Millionen in allen Ländern dieses Erdballes

W. F.

Barbusse schreibt einen „Zola"-Roman

Henri Barbusse hat einen Roman „Zola" geschrieben, der in Frankreich in den nächsten Tagen veröffentlicht wird. Die deutsche Übersetzung wird im Verlag Zsolnay erscheinen.

Maxim Gorki

Von A. Lunatscharski

(Schluß)

Mit außerordentlicher Schärfe zeigte sich in Gorki der proletarische Schriftsteller in seiner Publizistik.

Wir werden hier nicht weiter darauf eingehen. Sie nimmt einen Ehrenplatz in den Werken des Autors ein. Sie ist ein untrennbarer Bestandteil der vierzigjährigen Gesamtheit seiner Schöpfungen.

In den Silhouetten dieses Bergzuges erhebt sich seine Publizistik wie ein Wachtturm. Der Publizist Gorki nahm sogar von Westeuropa aus vor allem die Verpflichtung auf sich, die verräterischen Schläge gegen den Kommunismus abzuwehren.

Gorki antwortet häufig auf öffentlich geführte, selbst offizielle Schläge nicht. Dafür aber auf einen kleinen Stich irgendeines der zahlreichen giftspritzenden Briefschreiber. Wie eine Wolke von Geschmeiß umschwärmen sie ihn. Gewöhnlich vernichten diese Antworten moralisch den Fragesteller.

Im allgemeinen kann ein bedeutender Teil der Publizistik Gorkis in einen durch den Reichtum seiner Argumente eindringlichen und gewichtigen Band unter dem Titel „Auf der Wacht gegen die Feinde der Sowjetunion" zusammengefaßt werden.

Aber nicht nur Geschmeiß kreist um Gorki und summt ihm in die Ohren. Das scharfe Ohr des Autors vernimmt auch Tausende und aber Tausende von Nachrichten. Mit einer ungewöhnlichen Aufmerksamkeit und Achtung liest er Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, hört er Gesprächen zu, und er verfügt über eine unwahrscheinliche Kenntnis dessen, was in der Sowjetunion und überhaupt in der Welt vor sich geht.

Die Umwelt der Sowjetunion darf man tatsächlich keinen Augenblick aus dem Auge verlieren. Aber die Nachrichten, die er aus der Union empfängt, werden nicht einfach in die riesige und vervollkommnete Sammlung Gorkischer Bildung eingeordnet. Sie müssen auch der Sache dienen.

Hier muß Gorki helfen.

Aber seine Pflicht liegt heute nicht hierin. Er weiß das.

Wir brauchen eine sehr große Literatur. Wir brauchen sogar eine großartige, gewaltige Literatur. Und wir haben sie nicht. Er weiß das.

Die Heranziehung der alten Schriftsteller, unter denen es nicht wenig talentierte Leute und erfahrene Meister gibt, das Brückenschlagen zu ihnen hin, die Ueberwindung dieser oder jener Hemmungen in ihnen, die sie daran hindern, unsere große Zeit zu verstehen und aufzunehmen, ist natürlich eine große Angelegenheit. Dabei kann natürlich Gorki eine riesige Rolle spielen.

Aber unsere Kraft liegt nicht daran.

Unsere Kraft liegt überhaupt nicht im gestrigen Tage, sondern im morgigen. Unsere Hauptkraft ist der junge Nachwuchs. Ohne einen Augenblick die tägliche Arbeit und die eigene schöpferische Arbeit zu vergessen, müssen wir ihr, unserer herrlichen Jugend, viel, sehr viel Aufmerksamkeit widmen.

Mit beiden Händen schöpft die Partei aus ihnen die uns notwendigen Kräfte. Man ist sich völlig im klaren darüber, daß man aus dieser Jugend auch die Kader von Künstlern schöpfen muß, darunter auch Künstler des Wortes. Man weiß sehr wohl, daß dies eine absolut notwendige Abteilung unserer schöpferischen Sowjetarmee ist.

Seit der verstorbene Valerius Brjussow richtig bemerkte, daß der Künstler des Wortes, wie jeder Künstler, außer Talent auch eine umfassende kulturelle und technische Schulung haben muß, wird für diese Art der Schulung ständig so manches getan, aber irgendwie unentschlossen, ohne Schwung und Weitherzigkeit.

Es gibt viele Zirkel literarischer Selbsttätigkeit, aber allem Anschein nach gehen die Dinge doch nicht schnell genug vorwärts.

Der Hauptführer der ganzen Bewegung war der Stab der Unions-Assoziation Proletarischer Schriftsteller oder der Russischen Assoziation Proletarischer Schriftsteller.

Urteilt man nach der großen Sicherheit mit der die Adepten der Russischen Assoziation Proletarischer Schriftsteller sich anschickten, ohne einen Fehler unsere Literatur und unsere Kritik aufzubauen, so könnte man denken, daß alle diese Leute genial begabte Führer wären. In Wirklichkeit hatten sich vor nicht langer Zeit unsere Kritiker und Literaturkenner selbst so erschrocken, daß man keinen Autor finden konnte, der bereit gewesen wäre, über irgendeine einigermaßen verantwortungsvolle Frage einen Artikel zu schreiben.

Hier ergibt sich eine eigenartige Dialektik: Man muß kritisch lernen, d. h. man muß sowohl lernen als auch kritisieren. Beginnt man kritiklos zu lernen oder mit unzureichender Kritik, so würde man zu Epigonen der Meister einer fremden Klasse. Beginnt man zu kritisieren ohne zu lernen, so kommt dabei keineswegs ein hundertprozentiges proletarisches Wunderkind heraus.

Wie häufig stieß ich bei meiner Arbeit als Redakteur der Enzyklopädie, als Redakteur von Zeitschriften oder bei der Herausgabe gesammelter Werke alter Autoren auf eine solche ehrfurchtslose Kritik. Wenn man versucht, einen solchen jungen, manchmal sehr aufrichtigen und sympathischen, viele versprechenden „Kritiker" zur Verehrung irgendeines großen Schriftstellers der Vergangenheit zu erwecken, so antwortet er mit einer ziemlich durchsichtigen Anspielung auf die Fehler einiger „vollblütiger" Bolschewiki.

Damit muß man Schluß machen. Man muß endlich verstehen, wie man bei den alten Meistern zu lernen hat, wie man verständnisvoll und mit Ehrfurcht an alte Werte herangeht, was keineswegs eine Kritik ausschließt, sondern sie im Gegenteil voraussetzt.

Und das bezieht sich keineswegs nur auf literarische und andere künstlerische Leistungen der Vergangenheit. Das trifft auch auf die großen Philosophien der Vergangenheit zu und im besonderen auf die Wissenschaften. Dem jungen Schriftsteller darf nichts fremd sein, er muß auf die allumfassendste Bildung ausgehen, damit ihn die Unkenntnis nicht hindere, wenn er für hunderttausende Leser in neuer Form das Leben darstellen will. Gorki sagte über die jungen Schriftsteller in seinem Briefe, den er kürzlich an Romain Rolland richtete: „Sie haben nicht genügend Kultur."

Vielleicht sagt der Leser dieses Artikels: „Diese ganze letzte Argumentation des Autors ist schon richtig, aber es hat nichts mit dem Thema zu tun."

Wer das sagt, wird im Unrecht sein.

Erstens ist alles, was ich über die Notwendigkeit der Kultur für unsere schreibende Jugend schrieb, fast durchweg eine Wiederholung dessen, was ich von Gorki las und hörte.

Zweitens kann man hierbei eine besonders große Hilfe Gorkis und seiner großen organisatorischen Arbeit erwarten. Nicht allein, daß er unsere Jugend von der Notwendigkeit der Kultur überzeugen kann. Sie gibt das zu und wünscht es wirklich, nur daß sie nicht weiß, wie das anzufassen ist.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

55) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, verbehalten.

Karl Raumschuh steckt sich eine Pfeife an.

Das aufflammende Streichholz überflackert die schlafenden Gestalten. Der am Boden kauernde Bonczyk hat den Kopf auf seinen Knien liegen. Ihm gegenüber sitzt der Derfflingermann Dankert. Er blickt mit offenen Augen vor sich hin.

„Als ob etwas kaputt gegangen ist", sagt er jetzt.

„Das ist bloß die Stimmung hier, das kommt bloß davon, weil hier keine Lampe brennt."

„Was wirst du machen, wenn wir in Berlin ankommen."

Raumschuh zuckt die Achseln und schweigt.

Wieder starren sie durch das Fenster. Manchmal stehen ein paar Lichter draußen in der vorbeiziehenden Verlassenheit.

Dann fährt der Zug in eine Station ein und bleibt stehen.

Bonczyk streckt sich und sucht eine andere Lage für seine Beine. Matrosen aus den anderen Wagen kommen draußen vorbei und rufen:

„Der Zug bleibt hier liegen!"

Alle steigen aus. Noch halb im Schlaf stehen sie vor dem langgestreckten Bahnhofsgebäude und lesen den an der Backsteinmauer befestigten Stationsnamen: „Rathenow — bis Berlin 96 Kilometer."

Sie laufen die Wagen entlang nach vorn zur Lokomotive.

Von der Strecke her kommen einige Leute. Einer hat eine Laterne in der Hand.

„Der Zug bleibt hier liegen!"

„Die Schienen sind aufgerissen!"

„Auf Befehl der Regierung!"

Die Matrosen beraten, was zu machen ist.

Eine Reparatur würde zu lange dauern. So beschließen sie, den Fußmarsch über Brandenburg und Potsdam nach Berlin anzutreten.

In losen Trupps ziehen sie durch das dunkle Rathenow. Viele schleppen ihre Seesäcke mit sich. Auf der Landstraße wird der Abstand zwischen den marschierenden Haufen größer. Raumschuh, Dankert, Bonczyk, etwa ein Dutzend Leute, sehen nach einer Stunde Marsch ein Lastauto vor einem Gasthaus stehen. Sie holen den Chauffeur heraus und sitzen auf. Wo nur Platz ist, neben dem Fahrer, auf der Ladung, vorn auf den Trittbrettern, überall klammert sich einer an.

Es geht langsam vorwärts.

Der Chauffeur muß vorsichtig fahren. Das Licht der beiden Scheinwerfer stößt in den dichter werdenden Nebel wie in weiche Watte. Der Wagen stuckert auf der vernachlässigten Chaussee. Mit klammen Händen halten sie sich fest. Die zwischen den Kisten Liegenden riskieren Rippenbrüche.

Nach zwei Stunden Fahrt gleiten die Räder über den Asphalt einer breiten Straße. Die Häuser rechts und links sind kaum zu sehen, nur Einzelheiten scheinen durch den Dunst — eine Eisenbahnunterführung, eine Anschlagsäule, eine Straßenecke, zuletzt die Stahlbogen der Potsdamer Havelbrücke.

In den Wäldern zwischen Potsdam und Wannsee läßt der Nebel nach, die Straße wird übersichtlicher. Eine knappe halbe Stunde noch. Immer näher kommen die Häuserblöcke der Peripherie und dann geht es in gerader Linie mitten nach Berlin hinein.

Ein durch die Straße patrouillierender Halbzug berittener Schutzleute entdeckt den an den Wagen geklammerten Haufen halberfrorener Matrosen. Der Wagen wird angehalten. Die von der Fahrt durch den Nebel und vor Müdigkeit Halbbetäubten sind plötzlich von Pferdeköpfen eingekreist. Ohne auch nur an Gegenwehr zu denken, lassen sie sich arretieren.

Sie werden nicht nach dem Polizeipräsidium gebracht, sondern auf Grund der vom Kriegsminister veranlaßten „Verfügung betreffs in Berlin herumstreichender Matrosen und anderer Militärpersonen" nach dem Zellengefängnis Moabit.

Mit durchnäßten Kleidern und steifen Beinen tappen sie, von den Pferden der Begleitmannschaften eingekeilt, am Rand des Tiergartens entlang. Durch entlaubtes Baumwerk sehen sie kalkig weiß die von Wilhelm II. errichteten Standbilder der Dynastie Hohenzollern schimmern.

Dann kommen sie an einen weiten freien Platz.

Die asphaltierte Fläche liegt in nassem Glanz. Ueber den Pferdeköpfen und den Sturmhelmen der Polizisten erheben sich grau und monumental die Säulen des Brandenburger Tores.

Es ist der Morgen des 9. November.

Berlin marschiert

Am 8. November, vormittags zehn Uhr, tritt das Kriegskabinett zusammen. Schon vor Beginn der Sitzung haben die Minister sich eingefunden und die Lage besprochen:

In Kiel — Rückkehr zu einer gewissen Ordnung unter Noskes Führung. In Hamburg — Verschlimmerung der Lage. Wilhelmshaven meldet: Machtmittel reichen nicht aus. In Hannover ist der kommandierende General gefangen. Ueber der Weserwerft in Bremen weht die rote Fahne. In München ist die Republik ausgerufen; die Absetzung des Königs wird gefordert. In Stuttgart hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Herrschaft an sich gerissen. In Braunschweig führen fünf Matrosen eine Demonstration an, befreien die Gefangenen und besetzen den Hauptbahnhof. Die Polizei hat sich ergeben. Die Schloßwache ist zum Volk übergegangen.

Ernst August hat auf den Thron verzichtet!

Es rollen Züge mit Aufständischen heran!

Vor den Fenstern des Konferenzzimmers steht ein regengrauer Tag. Die Tiefen des Raumes mit seinen getäfelten Wänden liegen im Halbdunkel. Nur auf der polierten Fläche des langen Tisches schimmert mattes Licht. Um den preußischen Innenminister Drews haben sich eine Anzahl Fachminister geschart. In der Mitte einer anderen Gruppe steht Staatssekretär Scheidemann. „Das Abdankungsultimatum hat bei den Massen eingeschlagen. Wir werden bestimmt das Rennen mit den Unabhängigen machen!" erklärt Scheidemann.

Dieses Abdankungsultimatum, das er im Namen seiner Partei dem Reichskanzler übergeben hat, droht die Regierung zu sprengen. Die bürgerlichen Kabinettsmitglieder sind empört und überschütten ihn mit Vorwürfen.

„Die Sozialdemokratie sollte auch an ihre Verantwortung vor der Geschichte denken!"

„Das Reich kann nur gerettet werden, wenn die Mehrheitsparteien zusammenhalten!"

Scheidemann tupft sich mit einem Tuch seinen krebsroten Schädel:

„Wir haben uns die größte Mühe gegeben, auf die Massen einzuwirken. Wenn sie in der Kaiserfrage doch in Bewegung gekommen sind, so sind es in erster Linie die bürgerlichen Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung", gewesen, die dazu beigetragen haben! Uns ist der Weg zum Reichskanzler wirklich furchtbar schwer geworden. Aber wenn die Abdankung jetzt nicht erfolgt, so wird in kurzer Zeit die Frage gestellt sein: Republik oder Monarchie!"

Die Fachminister sprechen über dasselbe Thema:

„Die Sozialdemokraten wollen die Republik nicht?"

„So merkwürdig das auch ist, aber sie denken gar nicht daran!"

„Genau das hat der Abgeordnete Landsberg im interfraktionellen Ausschuß erklärt: ‚Wir denken nicht daran, die Republik einzuführen, weil wir zwar Republikaner, aber auch Demokraten sind und nicht die Ansicht einer Minderheit einer Mehrheit aufdrängen wollen!'"

„Aber sie werden von den radikalen Massen gedrängt!"

„Man hätte den Zusammenbruch der Westfront und die ganze Aktion mit Wilson eben geheimhalten müssen."

„Ja — die Generäle haben eben die Nerven verloren ..."

„Wenn die Sozialdemokraten der Straße jetzt nicht entgegenkommen, laufen ihnen die Massen zu den Unabhängigen weg, das fürchten sie auch!"

(Fortsetzung folgt.)

Die belgischen Streikkämpfe

Von van den Ende, Brüssel

(Schluß.)

Wir sagten schon, daß unsere belgischen Nurparlamentarier es nicht einmal wagten, die Streikbewegung zu einer rein parlamentarischen Aktion auszunutzen. In der Tat ließen sie in der Parlamentssitzung vom 13. Juli ihren eigenen Antrag fallen und schlossen sich dem der Katholiken und Liberalen an. Und doch war ihr eigener Antrag das harmloseste Kaninchen der Welt. Keine Forderung nach Zurückziehung der Truppen und Gendarmen, nach Aufhebung des Verbots der Straßensammlungen, nach Amnestie für alle Delikte, die während des Streiks begangen wurden, kein Protest gegen die von der Gendarmerie begangenen Bestialitäten, gegen die Anwendung von Maschinengewehren zur Niederdrückung der Streikbewegung, sondern die bescheidene Erklärung, daß die Kammer „von der Regierung erwartet" (compte sur le gouvernement), daß sie das Brotsteuerprojekt fallen läßt, dem Abbau der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung Einhalt gebietet und „eine gerechte und solidarische Arbeitsaufteilung unter allen Lohnempfängern durch die Vierzigstundenwoche oder durch jedes andere Mittel" durchführt.

Aber selbst dieser Antrag barg Gefahren in sich. In der Tat hätte seine Ablehnung die Empörung der Arbeiterschaft noch gesteigert und den Bankrott der Politik der Partei und der Gewerkschaften noch schärfer hervorgehoben. Und das mußte unbedingt vermieden werden*). Ja, mehr noch, es mußte ein Mittel gefunden werden, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob die Kammer sich zugunsten der Forderungen der Streikenden ausgesprochen hätte, um so die Wellen der Empörung wenigstens einigermaßen zu glätten und den Streik leichter erdrosseln zu können. Die Regierung, die die „Opposition" Vanderveldes und der Seinen gut kennt, lieferte ihnen dieses Mittel. Sie erklärte, daß sie das Projekt der Brotsteuer vorläufig zurückstelle, daß sie bereit sei, eine Kommission zu bilden (was kann schon eine Kommission Böses machen!), die sich mit dem Problem der Arbeitsaufteilung „und den anderen mit ihm verbundenen Fragen" beschäftigen soll, und bezuckerte das ganze mit einigen zu nichts verpflichtenden Floskeln über die Arbeitslosenunterstützung und die Aufrechterhaltung der Löhne.

Diese Erklärung genügte unseren Nurparlamentariern vollkommen. Sie zerrissen ihren eigenen Antrag, warfen sich den Liberalen und Katholiken in die Arme und verkündeten bald darauf jubelnd in ihrer Presse: „Die Kammer hat fast einstimmig einen Antrag angenommen, der die Forderungen der Arbeiter anerkennt." „Es wird keine Brotsteuer geben, die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung werden nicht mehr gekürzt werden, die Arbeitsaufteilung wird rasch organisiert werden unter der Mitarbeit der Gewerkschaften." „Die Bergarbeiter erhalten völlige Befriedigung. Alle anderen Lohnempfänger sind von nun an sicher, daß man weder an ihren Löhnen noch an ihrer Arbeitslosenunterstützung rütteln und daß die Arbeit unter ihnen gerecht (équitablement) aufgeteilt werden wird... Alle unsere Forderungen sind also bewilligt." (Peuple, 14. und 15. Juli.)

Das war eine indirekte Aufforderung zum Streikabbruch.

Die direkte Aufforderung kam erst, wie wir bereits sagten, zwei Tage später, als Partei und Gewerkschaften, außer dem „Sieg" in der Kammer und dem in der Gemischten Kommission der Kohlenindustrie, noch einen dritten Sieg errungen hatten: den Sieg in der Gemischten Kommission der Metallindustrie, die doch bekanntlich beschlossen hatte, die Löhne bis zum 1. November nicht weiter abzubauen und sich nur vorbehielt, „...auf die für den 20. Juli festgesetzte Lohnsenkung in einem Monat zurückzukommen."

Natürlich wurde jetzt noch stärker, noch frenetischer in die Pauken geschlagen. „Nach zehn Tagen heftigster Kämpfe", heißt es im Aufruf zum Streikabbruch, „kann die Arbeiterklasse, die sich in ihrer Gesamtheit mit einem spontanen Elan und voll glühendster Empörung gegen ihre erbärmlichen Existenzbedingungen erhoben hat, einen eklatanten Sieg buchen." (Peuple, 17. Juli.)

Und Vandervelde

im Leitartikel derselben Nummer:

„Es gibt Siege, die größten oft, deren Tragweite die Sieger selbst nicht sofort begreifen.

In acht Tagen habt Ihr, ich wage es zu sagen, Resultate erreicht, auf die, am Anfang, niemand von uns auch nur zu hoffen gewagt hätte.

Manche unter Euch möchten noch mehr, und das ist ganz natürlich. Sie haben ganz recht, noch mehr zu wollen. Um aber dieses Mehr zu erreichen, ist es notwendig, daß einmal der Streik beendet, die Aktion fortgesetzt wird.

Aber ich sage Euch mit der ganzen Kraft meiner Ueberzeugung: eine Sache nur, eine einzige, könnte Euren Sieg trüben (ternir) und kompromittieren: daß Ihr über seine Bedeutung zweifelt; daß Ihr, im Laufe des Streiks, die erreichten Forderungen durch andere Forderungen ersetzt; daß Ihr gegen die Beschlüsse derer rebelliert, die durch Eure eigene Wahl Eure Delegierten und Bevollmächtigten sind.

Ich habe übrigens volles Vertrauen, daß Ihr dies nicht tun werdet. Gemeinsam seid Ihr in den Streik getreten, gemeinsam werdet Ihr (außer denjenigen, die, echt keine Arbeit haben) die Arbeit wieder aufnehmen an dem Tag, der von Euren Organisationen festgesetzt wurde"

Als aber die Bergarbeiter geschlossen im Streik verharrten,

trotz der parlamentarischen Posse, trotz dem gemimten Siegestaumel, trotz aller Ermahnungen und trotz der Tatsache, daß die Arbeiter der anderen Berufe nach einigem hin und her dem Druck der Partei- und Gewerkschaftsführer nachgaben und die Arbeit wieder aufnahmen, da schrieb eine Zeitung dies dar:

„Viele Arbeiter, die erdrückende Mehrheit, verlangen danach, die Arbeit wieder aufzunehmen... Leider aber befanden sich unverantwortliche Elemente auf ihrem Weg, um sie daran zu hindern. Um die Arbeiter von der Wiederaufnahme der Arbeit zurückzuhalten, schrecken die Streiksüchtigen (gréviculteurs) nicht einmal davor zurück, die schlimmsten Gerüchte zu verbreiten und zu dem Mittel der Einschüchterung zu greifen. Dennoch muß man hoffen, daß der gemeine Menschenverstand am Ende doch triumphieren wird..."

Und wer war diese Zeitung? Etwa das Organ einer Streikbrecherorganisation oder einer Grubengesellschaft? Nein, es war das Zentralorgan der belgischen Arbeiterpartei, der „Peuple", in seiner Nummer vom 20. Juli. In derselben Nummer wurde ebenfalls mitgeteilt, daß die Gewerkschaftssektionen vom Borinage die Forderungen der Bergarbeiter des hennegauischen Mittelgebiets zu den ihren gemacht und mit 127 gegen 17 Stimmen beschlossen hatten, den Streik weiter zu führen. Man vergleiche und urteile.

Aber, wird man fragen, vielleicht beeilten sich die „Führer" deshalb so sehr mit dem Streikabbruch, weil sie sahen, daß die Bewegung den Höhepunkt überschritten hatte und die Befürchtung hegten, daß sie nun an Kraft, an Geschlossenheit verlieren und langsam abflauen könnte? Ach, nein. Denn die Bewegung verbreitete sich immer mehr. Noch am 13. Juli traten die Metallarbeiter von Gent in den Ausstand, und einen Tag vor dem gefaßten Beschluß zum Streikabbruch schlossen sich die Bergarbeiter des Gebietes von Limbourg, das fast völlig von den Pfaffen beherrscht wird, dem Streik an. Es gibt also keine andere Erklärung für die schmachvolle Haltung der sogenannten reformistischen Führer, als ihre Angst vor ihrer gewaltigen sich immer steigernden Kraft und vor den ungeheuren revolutionären Möglichkeiten, die sie in ihrem Schoße barg.

Von den Gendarmen wie Freiwild gehetzt, durch den Belagerungszustand in ihrer Aktion gehemmt, von den Arbeitern der anderen Berufe isoliert, von ihren eigenen Führern gefoppt und genarrt, wenn nicht verkauft, durch das Militär ersetzt, und vor allem vom Hunger getrieben, kehrte der überwiegende Teil der Streikenden mit geballten Fäusten in die Gruben zurück. Unter Bedingungen, die ungefähr die vom 2. August sind. Die Streikkämpfe der belgischen Bergarbeiter endeten also mit einer Niederlage. Aber diese Niederlage wird die belgische Arbeiterbewegung und auch die internationale Arbeiterbewegung mehr befruchten als tausend parlamentarische „Siege".

*) Brunet, Sozialist: „Falls unser Antrag abgelehnt wird, so wird man diese Abstimmung als eine Uneinigkeit (désaccord) zwischen der Kammer und dem werktägigen Volk auslegen. Ich mache Sie auf die Konsequenzen dieser Unterpretierung aufmerksam. Kammersitzung vom 12. Juli.

Revolte im Arbeitsdienstlager

Im Lemgoer Arbeitsdienstlager (Rheinland-Westfalen) kam es bei der Auszahlung der Löhne zu einem schweren Konflikt zwischen den Arbeitern und der Lagerleitung. Diese hatte angeordnet, daß vor der Lohnauszahlung militärische Uebungen gemacht werden sollten. Die Arbeiter, denen diese Zumutung zu dumm vorkam, blieben bis auf einige vom Appell fern. Darauf verweigerte der Lagerleiter die Lohnauszahlung. Ueber eine derartige rabiate Handlungsweise

empört, stürmten die 150 Arbeiter das Zahlungslokal

und erzwangen die Auslöhnung. Der Lagerleiter, der glaubte, seine Autorität dadurch wieder herstellen zu können, daß er die vermeintlichen Rädelsführer entließ, hatte aber nicht mit der Solidarität der Arbeiter gerechnet, die trotz seiner Beschwichtigungsversuche die sofortige Wiedereinstellung ihrer gemaßregelten Kollegen verlangten. Infolge des einigen nud geschlossenen Handelns der Arbeiter sah sich der Lagerleiter gezwungen, die Entlassung zurückzunehmen.

FAD-Präsident Syrup für Arbeitsdienstpflicht!

Berlin, 27. September.

CNB. In dem soeben erschienenen Heft Nr. 27 des Reichsarbeitsblattes vom 25. September 1932 befindet sich u.a. eine ausführliche Darstellung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Präsident Dr. Syrup, über den freiwilligen Arbeitsdienst. Der Aufsatz behandelt erschöpfend die rechtlichen Grundlagen, die Organisation und die Finanzierung des Arbeitsdienstes und stellt zuerst fest, daß der Arbeitsdienst ein freiwilliger ist.

Es werde aber von den auf dem Gebiete dieses Dienstes gesammelten Erfahrungen abhängen, ob sich die Regierung doch noch dazu entschließt, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Daß der Gedanke dieses Dienstes sich bei der deutschen Jugend durchsetze, zeige das schnelle Anwachsen der Zahl der beschäftigten Arbeitsdienstwilligen seit einem Jahre: von 106 im September 1931 auf 144.098.

•

Mit zynischer Offenheit wird hier vom Regierungskommissar für freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) dargelegt, daß der FAD nur den Zweck hat, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Und — das charakterisiert besonders die Bestrebungen des Reichsbanners und eines Teils der ADGB-Führer, den FAD möglichst auszudehnen. — Herr Syrup und die Regierungsinstanzen begründen geradezu die Notwendigkeit der Arbeitsdienstpflicht mit „der großen Beteiligung der deutschen Jugend" am FAD.

Deshalb gilt für jeden klassenbewußten Arbeiter mehr denn je der Kampfruf:

Kampf jeder Art von Arbeitsdienst!

Verwaltungs-„Reform" in Berlin

Statt 20 nur noch 9 Stadtbezirke

Die seit Jahren geplante Umgestaltung der städtischen Verwaltung in Berlin soll jetzt unter diktatorischem Druck der kommissarischen Preußenregierung im Eilzugstempo durchgeführt werden. Reichskommissar Bracht hat vor einiger Zeit „verordnet", daß die Verwaltungsumgestaltung der Stadt Berlin bis spätestens 15. Oktober d. J. endgültig erledigt sein müsse, andernfalls würde die „Reform" mittels preußischer Notverordnung durchgeführt.

Der Berliner Magistrat, in dem die SPD beherrschenden Einfluß hat, beeilte sich, den Wünschen Herrn Brachts nachzukommen. Er hat jetzt der am 4. Oktober tagenden Stadtverordnetenversammlung einen fertigen Reformentwurf zugehen lassen und der Oberbürgermeister Sahm hat am 27. September die Umrisse dieses Entwurfs in einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Demnach besteht die wichtigste Änderung darin, daß die bisher 20 Stadtbezirke des 4 Millionen Einwohner zählenden Großberlins zu 9 Bezirken zusammengelegt werden sollen. In den Bezirken soll die Zweiteilung von Magistrat und Bezirksverordneten-Versammlung aufgehoben und die sogenannte Stadtratsverfassung mit Einkammersystem eingeführt werden. Dabei sollen bei den im kommenden Frühjahr fälligen Magistratswahlen in den Bezirken eine größere Zahl von Stadträten eingespart werden.

Entsprechend dem Ultimatum von Bracht soll die jetzige Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung wie in den 20 Bezirksversammlungen bis zum 15. Oktober durchgepeitscht werden. Zwar will der Oberbürgermeister um eine Verlängerung des Termins nachsuchen.

Nazi als Streikbrecher

Wie wir bereits meldeten, streikt die Belegschaft der Seifenfabrik Steinbach in Leipzig seit dem 21. September gegen Lohnabbau. Ein Teil der dort beschäftigten Nazis blieb als Streikbrecher im Betrieb. Andere NSDAP-Arbeiter traten mit in den Streik und verlangten von ihrer Parteileitung den sofortigen Ausschluß der Streikbrecher. Jetzt wird bekannt, daß die Naziführung an die Streikbrecher den Befehl erteilte, ruhig weiter zu arbeiten.

Ein neuer Beweis, daß zwar Teile der NSDAP-Arbeiter bereit sind, mitzustreiken, und daß da und dort auch unter dem Druck der Stimmung dieser Proleten die NSDAP-Führung sich für den Streik ausspricht, aber daß im Grunde die ganze Führung der Hitlerpartei gegen den Streik und für den organisierten Streikbruch ist.

Zum Ruhrschiedsspruch

Zu dem von uns gemeldeten Schiedsspruch geht uns folgender Bericht zu:

Unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Dr. Brahm-Dortmund, fand, nachdem die Tarifverhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfragen im Ruhrbergbau am 12. September ergebnislos abgebrochen waren, am Sonnabend, den 24. September die endgültigen Verhandlungen statt. Die Gewerkschaften wiesen wie in den Vorverhandlungen auf die Notwendigkeit der Arbeitzeitkürzung hin. Bei etwa 125 000 von den Arbeitsämtern im Ruhrgebiet registrierten Bergarbeitern, von denen bei der fortschreitenden Technisierung des Kohlenabbaues nicht der geringste Teil wieder aufgenommen zu werden, sei die Beiwieder aufgenommenn zu werden, sei die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit unverantwortlich. Selbst bei einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung könne der seit 1929 erfolgte 50prozentige Rückgang der Belegschaften nicht wieder wettgemacht werden. Die Arbeitervertreter betonten weiter, daß es, gemessen an den Produktionsmöglichkeiten von einem Jahre, jetzt erst recht den Unternehmern möglich sein müsse, die notwendige Förderung, 1,3 Millionen Tonnen, in 5 Tagen zu bewältigen. Unhaltbar sei besonders, daß immerhin noch 30000 Tagesarbeiter im Bergbau in 9-Stunden-Schicht arbeiten müsse. Ueber die Lohnabbauforderung lehnen sie jede Diskussion ab.

Von Unternehmerseite wurde dem entgegengehalten, daß die Einführung der 40-Stundenwoche als schematische Festlegung untragbar sei, und nicht imstande wäre, auch nur in etwas zur Hebung der Arbeitsmarktlage im Bergbau beizutragen. Außerdem verlangten die Unternehmer 12 Prozent Lohnabbau.

Da eine Annäherung der Parteien aussichtslos war, fällte nach kurzer Pause die inzwischen eingesetzte Schlichterkammer den bereits gemeldeten Schiedsspruch, der Arbeitszeit- wie Lohntarif fast unverändert verlängert. Der Arbeitszeitschiedsspruch wurde mit den Stimmen der Unternehmer und gegen die Stimmen der Arbeitervertreter gefällt, der Lohnschiedsspruch umgekehrt mit den Stimmen der Arbeitervertreter gegen die Stimmen der Unternehmer gefällt.

•

Berlin, 27. September.

WTB. Im Lohn- ud Arbeitszeitstreik des Ruhrbergbaues führten die heute im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Nachverhandlungen zu einer Einigung der Tarifparteien. Die Verbände erkannten die in den Schiedssprüchen vom 24. September vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitregelung an und erhoben sie zum Tarifvertrag.

DMV-Konferenz fürs Ruhrgebiet

In Gelsenkirchen tagte eine Funktionärkonferenz des Metallarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet. Reichel vom Hauptvorstand sprach über die letzte Notverordnung vom 5. September. Seine Ausführungen hatten einen sehr zwiespaltigen Charakter. Man müsse bei der Notverordnung vom 5. September sehr wohl unterscheiden, daß deren erster Teil, ein ernsthafter Versuch sei, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und insofern könne man ihm auch die Anerkennung einer gewissen Großzügigkeit nicht absprechen (!). Der zweite lohnpolitische Teil der Verordnung werfe jedoch alles wieder über den Haufen und würde den stärksten Widerstand bei den Gewerkschaften hervorrufen. Der durch den Paragraphen 1 der Verordnung vorgesehene Eingriff in den Tarifvertrag müsse von allen beteiligten Stellen mit den schärfsten Maßnahmen und zwar

mit dem Streik abgewehrt werden.

Die Drohung Reichels mit dem Streik fand dann aber im weiteren Verlauf seiner Ausführungen insofern eine Abschwächung, als er darauf hinwies, daß die Verletzung der Friedenspflicht nur solange nicht gegeben sei, als Arbeitsgerichte und Regierung nicht entsprechende Urteile gefällt und Maßnahmen getroffen hätte.

Gegenüber dem Paragraphen 7 der Notverordnung, der eine völlige Durchlöcherung der Tarife in sogenannten notleidenden Betrieben vorsieht, und eine neue Lohnabbauwelle einleite, müsse mit den äußersten Mitteln gekämpft werden. Der tariflose Zustand sei eher zu ertragen, als daß man Tarife abschließe, die einen Lohnabbau vorsehen und deren Unabdingbarkeit durch nichts garantiert sei. Heute lägen bereits Tarifkündigungen für 84 000 Arbeiter vor. Reichel schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis auf das Volksbegehren und der faden Hoffnung, daß die Reichstagswahlen einen Sieg der Demokratie bringen würden. Dh.

Amerika-Weizen für China

Washington, 25. September.

(Reuter). Präsident Hoover hatte heute eine Konferenz mit Vertretern des Landwirtschaftsdepartements, des amerikanischen Farmamtes und der Wiederaufbaufinanzkorporation ins Weiße Haus einberufen, um die notwendigen Vorkehrungen für gesteigerten Verkauf von Weizen nach China zu besprechen. Die Konferenz erörterte die Möglichkeit der Ausgabe einer Anleihe, um den Verkauf von mindestens fünfzehn Millionen Scheffeln Weizen aus dem Nordwesten der Vereinigten Staaten an China zu finanzieren. Es handelt sich dabei um Weizen aus privater Hand.

Werbt Abonnenten